

5. Mecklenburg-Vorpommern. Narrative des medialen Pandemiediskurses

Im folgenden Kapitel präsentiere und diskutiere ich sechs Pandemienarrative zu Mecklenburg-Vorpommern, die ich anhand journalistischer Texte von *Spiegel Online*, *Welt Online* und *Zeit Online* in einer aktantengeleiteten Analyse erarbeitet habe und als besonders prägend für den medialen COVID-19-Diskurs und somit für das öffentliche Bild von Mecklenburg-Vorpommern in Zeiten der Gesundheitskrise bewerte. Dabei beginne ich jedes Unterkapitel mit einer Zusammenfassung des Narrativs und führe anschließend genauer an, welche medial thematisierten Krisenakteur:innen sich in verschiedenen journalistischen Erzählungen wiederholt im Sinne welcher Greimasschen Aktantenrollen interpretieren und zueinander in Beziehung setzen lassen (Subjekt, Objekt, Adressant, Adressat, Adjuvant oder Opponent), inwiefern auch die ergänzten Aktantenfunktionen für die Analyse der Erzählungen aufschlussreich sind (Antisubjekt, Antiobjekt, Antiadressant, Antiadressat, Antiadjuvant, Antiopponent), wie ein konkretes Aktantenmodell und folglich auch das Narrativ aussehen kann, das sich auf dieser Grundlage entwickeln lässt. Bei der Präsentation der Pandemienarrative gehe ich deskriptiv vor. Es geht mir nicht darum, Aussagen darüber zu treffen, inwieweit sich die untersuchten journalistischen Erzählungen als zutreffend oder plausibel bewerten lassen. Die erarbeiteten Narrative sollen vielmehr Aufschluss darüber geben, welche Entwicklungen, Strategien und Haltungen in der Pandemie mit Mecklenburg-Vorpommern medial zu bestimmten Zeiten in Verbindung gebracht und welche Rollen und Positionen dem Bundesland im föderalen Vergleich wiederholt zugewiesen werden. Mit dem ersten Unterkapitel stelle ich meinen Analysen einen knappen Einblick in typische präpandemische Erzählungen über Mecklenburg-Vorpommern voran, um den krisenbedingten Einfluss auf die narrative Konstruktion des Bundeslandes beurteilen zu können.

5.1 Erzählhintergründe: ein Bundesland der Kontraste

In der medialen Berichterstattung zur COVID-19-Pandemie sind viele Journalist:innen in Deutschland nicht zuletzt damit beschäftigt, ihren Leser:innen einen Überblick über die verschiedenen bundeslandspezifischen Eindämmungsregelungen und Lockerungen derselben zu verschaffen. Das deutet sich bereits in Headlines an wie *Was genau in welchem Bundesland*

wieder erlaubt ist,¹ *Die neuen Coronaregeln der Bundesländer in der Übersicht*² oder, direkt an die Leser:innen gerichtet, *Diese Regeln gelten ab heute in Ihrem Bundesland*.³ Vor allem die Unterschiede in der Pandemiepolitik der Bundesländer sind von besonderem medialem Interesse. Dass diese zu vielen Zeitpunkten nicht übermäßig groß ausfallen und Ministerpräsident:innen auch vergleichbare Richtungen einschlagen, tritt häufig hinter medialen Erzählungen zurück, die die vielfältige Krisenpolitik in der Bundesrepublik verhandeln.⁴ Dabei werden Unterschiede und Unstimmigkeiten zwischen den Bundesländern, das arbeitet Politikwissenschaftlerin Iris Reus für die ersten Monate der Gesundheitskrise heraus, journalistisch überwiegend skeptisch beleuchtet.⁵ Eine mediale föderalismuskritische Haltung sei zwar keine neue Erscheinung der Krisenberichterstattung, komme aber in einer Zeit, in der „16 Landesregierungen um Erfolg in der Pandemiebekämpfung [...] konkurrieren“, ganz besonders zum Tragen.⁶ In vielen journalistischen Pandemieartikeln zeichnet sich ein gewisser Wetteifer zwischen den Bundesländern ab (ein „Race to the Top“;⁷ ein „Wettbewerb der Regierungschefs“⁸), der enormes Er-

-
- 1 Hasan Gökkaya u. Tilman Steffen: „Was genau in welchem Bundesland wieder erlaubt ist“. In: *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-04/corona-massnahmen-lockerung-bundeslaender-faq>, 24.4.2020 [zuletzt eingesehen am 15.1.2024].
 - 2 Marc Röhl: „Die neuen Coronaregeln der Bundesländer in der Übersicht“. In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-regeln-in-deutschland-im-ueberblick-wo-noch-die-maskenpflicht-gilt-a-54794768-cafc-4334-b73b-b22e25d7bd0e>, 6.12.2022 [zuletzt eingesehen am 15.1.2024].
 - 3 Laura Wolf: „Diese Regeln gelten ab heute in Ihrem Bundesland“. In: *Welt Online*. <https://www.welt.de/vermischtes/article226361555/Lockdown-Diese-Corona-Regeln-gelten-jetzt-in-Ihrem-Bundesland.html>, 15.2.2021 [zuletzt eingesehen am 15.1.2024].
 - 4 Vgl. Steffen Eckhard u. Alexa Lenz: „Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie“. In: *Konstanzer Online-Publikations-System*. <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:352-2-uxhfn4noqkgi8>, 5.5.2020 [zuletzt eingesehen am 13.11.2023], S. 7; Behnke u. Person: „Föderalismus in der Krise“, S. 78.
 - 5 Vgl. Iris Reus: „Die mediale Darstellung des Föderalismus während der Corona-Pandemie – Eine Auswertung von Positionen, Konnotationen und Bewertungen in deutschen Tageszeitungen“. In: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 14/2 (2021), S. 373–391. Vgl. auch Eckhard u. Lenz: „Die öffentliche Wahrnehmung“, S. 7; Behnke u. Person: „Föderalismus in der Krise“, S. 62–64 u. 71.
 - 6 Reus: „Die mediale Darstellung des Föderalismus“, S. 387. Vgl. zur generell verbreiteten Föderalismuskritik in Deutschland auch Sabine Kropp: „Hat sich der bundesdeutsche Föderalismus in der Krise bewährt?“ In: *Friedrich-Ebert-Stiftung*. <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/16456.pdf>, August 2020 [zuletzt eingesehen am 11.1.2024], S. 1.
 - 7 Eckhard u. Lenz: „Die öffentliche Wahrnehmung“, S. 7; Kursivdruck des Originals nicht übernommen.
 - 8 Ursula Münch: „Wenn dem Bundesstaat die Stunde der Exekutive schlägt. Der deutsche (Exekutiv-)Föderalismus in Zeiten der Coronakrise“. In: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-*

zählpotenzial entfaltet. Schnell werden die verschiedenen Bundesländer, aber auch ihre Ministerpräsident:innen, mit bestimmten pandemischen Entwicklungen und vor allem Krisenstrategien assoziiert und miteinander verglichen. Eine solche mediale Gegenüberstellung wird am Beispiel von Markus Söder und Armin Laschet besonders deutlich. Die (damaligen) Ministerpräsidenten von Bayern und Nordrhein-Westfalen stehen im deutschen Pandemiediskurs für einen unterschiedlichen Typus des Krisenstrategen, der in Debatten herangezogen wird, in denen nicht nur die Eindämmung des Coronavirus, sondern auch die Kanzlerkandidatur der CDU/CSU verhandelt wird: „Wenn in den vergangenen Monaten die Bundesländer Bayern und NRW verglichen wurden, ging es meist darum, wer die bessere Corona-Strategie hat: die lässigen Rheinländer oder die strengen Bayern.“⁹ Gilt Söder als „der harte Hund“, so empfinden manche (nicht zuletzt der bayrische Ministerpräsident Söder) Laschet als „zu lasch [...] für diese Krise“.¹⁰

Solchen Bundeslandvergleichen und -rankings kommt auch vor und abseits der Pandemie großes öffentliches Interesse zu, gerade in Wirtschafts- oder Bildungsfragen. Auch in Nichtkrisenzeiten bieten innerdeutsche Unterschiede Journalist:innen immer wieder Anlass dazu, verschiedene Bundesländer erzählerisch miteinander zu vergleichen und zueinander in Beziehung zu setzen. So wird auf *Spiegel Online* unter der Überschrift *Sachsen toppt – Saarland floppt* 2007 ein Vergleich der wirtschaftlichen Wachstumsraten angestellt,¹¹ für den Bildungsbereich 2019 zusammengetragen, *Was Berlin gut und Sachsen besser macht*¹² oder 2014 festgestellt: *In Hamburg und Bayern*

Forschung Tübingen (Hg.): *Jahrbuch des Föderalismus 2020. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*. Baden-Baden 2020, S. 209–225, hier S. 221.

- 9 Tin Fischer: „Bayern oder NRW, was ist besser?“ In: *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/2021/13/bundesland-vergleich-nordrhein-westfalen-bayern-statistik>, 25.3.2021 [zuletzt eingesehen am 17.3.2023]. Vgl. auch Dausend: „Die große Illusion“, S. 159–161; Thießen: *Auf Abstand*, S. 60 f.
- 10 Dirk Kurbjuweit: „Ist Markus Söder gar kein guter Krisenmanager?“ In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/news-coronavirus-markus-soeder-boris-johnson-grossbritannien-a-c5d0c127-4a2e-4846-a807-b46e0bbb4225>, 8.4.2020 [zuletzt eingesehen am 17.3.2023].
- 11 Anne Seith: „Sachsen toppt – Saarland floppt“. In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/wachstums-ranking-sachsen-toppt-saarland-floppt-a-464757.html>, 6.2.2007 [zuletzt eingesehen am 15.1.2024].
- 12 Heike Klovert: „Was Berlin gut und Sachsen besser macht“. In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/bildungsmonitor-2019-was-berlin-gut-und-sachsen-besser-macht-a-1282010.html>, 15.8.2019 [zuletzt eingesehen am 15.1.2024].

ist die Kaufkraft am höchsten.¹³ Ein Bundesland, das gerade im wirtschaftlichen Vergleich seit seiner Wiedergründung 1990 lange Zeit auffallend schlecht abschneidet, ist Mecklenburg-Vorpommern. Auch in den zuletzt zitierten Artikeln wird das Bundesland wiederholt unter den Letztplatzierten angeführt: Mitte der Nullerjahre entwickle sich Mecklenburg-Vorpommern mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent gemeinsam mit Berlin und Schleswig-Holstein „[d]eutlich schwächer als der Durchschnitt“¹⁴ und erreiche auch einige Jahre später noch hinter den anderen ostdeutschen Bundesländern den geringsten „Kaufkraftindex“.¹⁵

Das öffentliche Bild vom nordostdeutschen Bundesland scheint sich in vielen Diskursen im Wesentlichen aus zwei Aspekten zu speisen, die immer wieder in scharfen Kontrast zueinander gesetzt werden: auf der einen Seite aus besorgniserregenden Entwicklungen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Bevölkerungsstruktur und im Politischen; auf der anderen aus den landschaftlichen Reizen des Landes, die es in Deutschland zum bedeutenden Tourismusstandort machen. Als solches „Bundesland der besonderen Kontraste“ stellen beispielsweise die Autorinnen der rassismuskritischen Studie *Angst schwingt immer mit* Mecklenburg-Vorpommern vor: „atemberaubende Landschaften und niedrige Löhne, Sehnsuchtsort und Abwanderung, Lebenskünstler*innen und AfD-Wähler*innen, Traditionen und Umbrüche, viele neue Bushaltestellen und wenige Busse.“¹⁶ Auch popkulturell finden diese Gegensätze Ausdruck, unter anderem in einem Tweet, den Twitterautor El Hotzo (Sebastian Hotz) 2022 postet: „find’s gut dass man in Deutschland nur ein Haus am Meer haben kann, wenn man dafür bereit ist in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern zu wohnen, der Herr gibt, der Herr nimmt“.¹⁷ Rapper und Autor Hendrik Bolz greift die Kluft zwischen idyllischem Urlaubsland und den Herausforderungen des eige-

13 Maria Marquart: „In Hamburg und Bayern ist die Kaufkraft am höchsten“. In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/kaufkraft-deutsche-haben-laut-gfk-2015-mehr-geld-fuer-konsum-a-1008577.html>, 15.12.2014 [zuletzt eingesehen am 15.1.2024].

14 Seith: „Sachsen topt“.

15 Marquart: „In Hamburg und Bayern“.

16 Christine Krüger u. a.: „Angst schwingt immer mit‘ Erfahrungen von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern“. In: *Amadeu Antonio Stiftung* u. *Lola für Demokratie*. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/10/br_lagebild_rassismus.pdf, 2021 [zuletzt eingesehen am 3.1.2024], S. 30.

17 Sebastian Hotz [@elhotzo]: „find’s gut dass man in Deutschland nur ein Haus am Meer haben kann, wenn man dafür bereit ist in Niedersachsen“ [Tweet]. <https://twitter.com/elhotzo/status/1562049557864894464>, 23.8.2022 [zuletzt eingesehen am 3.1.2024]. Seit 2023 wird die Plattform *Twitter* unter dem Namen *X* betrieben.

nen Aufwachsens im vorpommerschen Stralsund um die Jahrtausendwende literarisch auf: In seinem Roman *Nullerjahre* erzählt er davon, wie im Mecklenburg-Vorpommern dieser Zeit „die eigene unangenehme Jugend weggeschoben, weggesperrt“ werde, wie „touristische Fassade und Lebensrealitäten“ auseinanderklaffen.¹⁸

Während die „Durchschnittsdeutschen“ bei Bolz einen verklärten Blick auf das Bundesland hätten – Stralsund beispielsweise sei ihnen „nur von den tollen Urlauben bekannt, die man hier machen kann“¹⁹ – nimmt Hotz auf ein eher schlechtes Ansehen des Landes in anderen Teilen Deutschlands Bezug. „Ein schönes Land und sein schlechter Ruf“, so fasst auch Bernd Kasten, Direktor des Stadtarchivs Schwerin, die oft aufgezeigten Gegensätze knapp zusammen.²⁰ Dieser schlechte Ruf reicht weit zurück, lässt sich bereits mit der starken Zerstörung Mecklenburgs im Dreißigjährigen Krieg in Verbindung bringen. Im 19. und 20. Jahrhundert schließlich begünstigen die große Armut der mecklenburgischen Bevölkerung, eine verhältnismäßig spät einsetzende Industrialisierung und eine der höchsten Abwanderungsraten Europas, dass die Region geradezu zum „Sinnbild der Rückständigkeit“ wird.²¹ Zeugnis von diesem tradierten Rückständigkeitsnarrativ geben auch die vielzitierten Aussprüche von Fritz Reuter und, ihm zumindest immer wieder zugeschrieben, Otto von Bismarck:

„Allens bliwwt bin ollen“ (Alles bleibt beim alten) so lautete nach Fritz Reuter der Artikel 1 der mecklenburgischen Verfassung. Damit brachte der niederdeutsche Schriftsteller die Rückständigkeit und fehlende Modernität Mecklenburgs im 19. Jahrhundert eindrucksvoll auf den Punkt. Ihm assistierte in dieser Frage der Legende nach Otto von Bismarck, dem der Satz „Wenn die Welt untergeht, so ziehe ich nach Mecklenburg, denn dort geschieht alles 50 Jahre später“ – wahrscheinlich fälschlicherweise – zugeschrieben wird. Diese dennoch immer wieder gern zitierten Aussagen sind Teil der Großerzählung über das Land Mecklenburg-Vorpommern,

18 Hendrik Bolz: *Nullerjahre. Jugend in blühenden Landschaften*. Köln 2022, S. 226 f.

19 Ebd., S. 16.

20 Bernd Kasten: *Alles 50 Jahre später? Die Wahrheit über Bismarck und Mecklenburg*. Rostock 2013, S. 27.

21 Steffen Schoon: „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Historische Belastungen, pragmatisches Handeln und norddeutsche Identität“. In: Nikolaus Werz u. Martin Koschkar (Hg.): *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*. Wiesbaden 2016, S. 211–233, hier S. 213. Vgl. auch Matthias Pfüller: „Trauriger Norden – negative Identität? Bemerkungen und Vermutungen zu Regionen, Mentalität und Identität in Mecklenburg-Vorpommern“. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): *Mecklenburg-Vorpommern. Land am Rand - für immer?* 3te Auflage. Schwerin 1996, S. 84–95, hier S. 87.

die aufgrund ihrer Schlichtheit vermutlich schon eine eigenständige Deutungskraft entwickelt haben.²²

Dieser Blick auf das Bundesland, das seit 1990 wieder unter dem Namen *Mecklenburg-Vorpommern* besteht, festigt sich gerade auch in den von Bolz geschilderten wirtschaftlich und demografisch instabilen Nachwendejahren erneut und scheint sich trotz einiger einsetzender durchaus positiver Entwicklungen hartnäckig zu halten.²³ Die sehr hohe (kurz nach der Jahrtausendwende sogar bundesweit höchste) Arbeitslosenquote, das vergleichsweise geringe Einkommen der Arbeitnehmer:innen im Land, die landwirtschaftliche Prägung und geringe Wirtschaftsleistung sowie die infolgedessen erhebliche Abwanderung gerade gut ausgebildeter junger Menschen (häufig junger Frauen) sind entscheidende Bestandteile des Erzählhintergrundes, vor dem in gegenwärtigen Diskursen von Mecklenburg-Vorpommern geschrieben und gesprochen wird. Auch die bundesweit geringste Bevölkerungsdichte und die periphere Lage des Landes tragen vermutlich kaum zu einer überregional empfundenen Bedeutsamkeit Mecklenburg-Vorpommerns bei, sondern stärken das Bild eines strukturschwachen Bundeslandes, das „ökonomisch und sozial rand- und rückständig“ sei.²⁴

Deutschlandweite Aufmerksamkeit zieht das „Land am Rand“²⁵ hingegen wiederholt durch rechtsextreme Gewalttaten und den vergleichsweise großen Zuspruch zunächst für die rechtsextreme NPD (seit 2023 *Die Heimat*), später vor allem die AfD auf sich. Vor allem das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 bringt dem Bundesland nachhaltig den Ruf

22 Schoon: „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern“, S. 211. Vgl. auch Kasten: *Alles 50 Jahre später*.

23 Vgl. Martin Koschkar, Christian Nestler u. Christopher Scheele: „Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation“. In: dies. (Hg.): *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*. Wiesbaden 2013, S. 11–23, hier S. 13 u. 17 f.; Schoon: „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern“, S. 226 u. 231; Nikolaus Werz: „Land Mecklenburg-Vorpommern“. In: Uwe Andersen u. a. (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 8te, überarbeitete u. erweiterte Auflage. Wiesbaden 2021, S. 534–542, hier S. 542.

24 Pfüller: „Trauriger Norden“, S. 94. Vgl. auch Kathrin Johansen: „Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Wandel“. In: Martin Koschkar, Christian Nestler u. Christopher Scheele (Hg.): *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*. Wiesbaden 2013, S. 251–268, hier S. 255; Koschkar, Nestler u. Scheele: „Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern“, S. 14 u. 17; Schoon: „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern“, S. 216–226; Werz: „Land Mecklenburg-Vorpommern“, S. 535–537; Rühmling: *Bleiben in ländlichen Räumen*, S. 13.

25 Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): *Mecklenburg-Vorpommern. Land am Rand – für immer?* 3te Auflage. Schwerin 1996.

ein, „eine Hochburg der rechtsextremistischen Bewegung zu sein“.²⁶ Dieser festigt sich mit den rechtsextrem motivierten Morden, die zwischen 1992 und 2012 an insgesamt dreizehn Menschen begangen werden, unter ihnen Asylsuchende, Wohnungs- und Erwerbslose sowie Menschen mit Behinderung,²⁷ und dem wiederholten Einzug von NPD und AfD in den mecklenburg-vorpommerschen Landtag.²⁸ Vor der Landtagswahl 2016 wünscht der damalige Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Siegmund Gabriel Mecklenburg-Vorpommern angesichts der erstarkenden AfD „alles Gute“ und bittet die Wahlberechtigten darum, „keinen Scheiß“ zu machen – immerhin wolle er im Bundesland „nächstes Jahr wieder Urlaub machen“.²⁹

Die Stellung als vielbesuchtes Urlaubsland ist für das Image von Mecklenburg-Vorpommern nicht weniger wesentlich als die verbreiteten Erzählungen von Rückständigkeit und Rechtsextremismus. Seine Seenlandschaften und vor allem die Ostseeküste und Inseln (darunter die beiden größten deutschen Inseln Rügen und Usedom) machen Mecklenburg-Vorpommern zu einer der beliebtesten Reiseziele und Erholungsregionen Deutschlands.³⁰ Auf diese Standortvorteile stützen sich auch die Inszenierungsstrategien des Landesmarketings: Neben der Leitidee „Land zum Leben“ und der Ende 2023 begonnenen Kampagne „#MVwow“ wird Mecklenburg-Vorpommern vor allem mit dem Landesmotto „MV tut gut“ als vielversprechendes Land zum Reisen (und Bleiben) gezeigt, aber auch als bedeutender Gesundheitsstandort.³¹ Diese bewusst entwickelten Selbstbilder und -erzählungen verdeutlichen, dass es von

26 Schoon: „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern“, S. 222 f.

27 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: „Todesopfer rechter Gewalt“. In: *Amadeu Antonio Stiftung*. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/>, o. J. [zuletzt eingesehen am 9.1.2024]. Ermordet wurden Dragomir Christinel, Boris Morawek, Horst Gens, Klaus-Dieter Gerecke, Jürgen Seifert, Norbert Plath, Eckhardt Rütz, Fred Blank, Mohammed Belhadj, Klaus Dieter Lehmann, Mehmet Turgut, Andreas F. und Karl-Heinz Lieckfeldt. Das rechtsextreme Tatmotiv gilt derzeit nur bei fünf der dreizehn Morde als staatlich anerkannt (Stand: April 2026).

28 Vgl. Koschkar, Nestler u. Scheele: „Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern“, S. 14; Werz: „Land Mecklenburg-Vorpommern“, S. 541.

29 Carsten Korfmacher u. Simon Voigt: „Wer regiert Mecklenburg-Vorpommern? Liveticker zur Landtagswahl“. In: *Nordkurier*. <https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/liveticker-zur-landtagswahl-1237992>, 4.9.2016 [zuletzt eingesehen am 9.1.2024].

30 Vgl. Koschkar, Nestler u. Scheele: „Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern“, S. 13 u. 17; Schoon: „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern“, S. 225; Werz: „Land Mecklenburg-Vorpommern“, S. 536 u. 538.

31 Vgl. Peter Kranz: „Landesmarketing Mecklenburg-Vorpommern. ‚Frische Kernbotschaften für eine frische Marke‘“. In: *MV tut gut*. https://www.mv-tut-gut.de/fileadmin/user_upload/downloads/MV_Kernbotschaften.pdf, 31.8.2021 [zuletzt eingesehen am 10.1.2024]; o. V.: „Kampagne ‚MVwow‘“. In: *MV tut gut*. <https://www.mv-tut-gut.de/kampagne/kampagne-m>

der konkreten Kommunikationssituation abhängt, welche Aspekte des meist vielschichtigen Images einer bestimmten Region hervorgehoben werden. Dabei lassen sich viele etablierte Zuschreibungen und Charakterisierungen sowohl auf Fremd- als auch auf Selbsterzählungen zurückführen.³²

Dass die beiden üblicherweise besonders präsenten narrativen Stränge in Erzählungen zu Mecklenburg-Vorpommern durchaus miteinander vereinbar sind, betont der lange Zeit im Bundesland tätige Politikwissenschaftler Matthias Pfüller:

Mecklenburg-Vorpommern wird im Rahmen der Bundesrepublik ein Land am Rand mit einiger Wahrscheinlichkeit wohl für lange Zeit bleiben; es hat aber die besten Chancen, daraus etwas sehr Attraktives zu machen – vor allem auch für diejenigen, die gerade deswegen ins Land kommen.³³

Was aber geschieht mit dem Ansehen des Tourismuslandes in Zeiten der schnellen Ausbreitung von SARS-CoV-2, in denen Menschen aufgrund von Reisebeschränkungen nur noch schwer oder gar nicht ins Bundesland kommen können? Wie wirkt sich die Gesundheitskrise aufs mediale Erzählen von einem Bundesland aus, dessen periphere Lage und geringe Bevölkerungsdichte in einer Pandemie zunächst einmal vorteilhaft erscheinen mögen, das aber schon vor der Krise nicht zu den wirtschaftlich starken Bundesländern zählt? Inwieweit schließen die Narrative von Mecklenburg-Vorpommern des COVID-19-Diskurses an das tradierte Bild des Bundeslandes an, das gerade auch durch mediale Erzählungen vermittelt wird? Inwiefern brechen sie mit den etablierten Imaginationen, ergänzen diese zumindest um neue Aspekte und Perspektiven? Die Analysen der folgenden Unterkapitel dienen einer Beantwortung dieser Fragen.

vwow, o. D. [zuletzt eingesehen am 10.1.2024]. Vgl. auch Werz: „Land Mecklenburg-Vorpommern“, S. 536 u. 538.

32 Vgl. Jonas Harvard u. Peter Stadius: „A Communicative Perspective on the Formation of the North. Contexts, Channels and Concepts“. In: dies. (Hg.): *Communicating the North. Media Structures and Images in the Making of the Nordic Region*. Burlington 2013, S. 1–24, hier S. 14.

33 Pfüller: „Trauriger Norden“, S. 95.

5.2 Narrativ Eins: „Ostsee-Verbot“³⁴

Mecklenburg-Vorpommern erlasse in der COVID-19-Pandemie vergleichsweise strikte Einreisebestimmungen: Um die gute Infektionslage im Land zu sichern, würden Menschen aus anderen Bundesländern, die auch in Krisenzeiten gerne nach Mecklenburg-Vorpommern reisten, ferngehalten. Dass sich die Regelungen negativ auf eine Vielzahl an Menschen in Deutschland und die Tourismusbranche des Bundeslandes auswirken und darüber hinaus von Politiker:innen und Jurist:innen wiederholt als nicht tragbar eingeschätzt werden, zeige, dass die Pandemiestrategie der mecklenburg-vorpommerschen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig unverhältnismäßig strikt ist.

In journalistischen Erzählungen vom Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern werden auch in Zeiten der COVID-19-Pandemie Regelungen und Entscheidungen in den Fokus gerückt, die touristische Reisen ins und im Bundesland betreffen. Angesichts der zuerst am 17. März 2020 beschlossenen Einreisebestimmungen und der wenig später erlassenen bundeslandinternen Reiseverbote mehren sich schnell Erzählungen von geschlossenen und überwachten Grenzen, abgewiesenen Großstädter:innen und verwehrten Urlaubsreisen. Auch zu späteren Zeitpunkten der Krise sind solche Erzählungen in journalistischen Texten präsent: zu beliebten Reisezeiten wie den Sommermonaten, vor allem aber im Oktober 2020, als Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig verhältnismäßig strikte Regelungen für Reisende aus Gebieten durchsetze, die offiziell als Coronarisikogebiete eingestuft sind. Diese Erzählungen, die die Darstellung von Mecklenburg-Vorpommern im medialen Pandemiediskurs früh deutlich prägen, lassen sich zu einem Narrativ zusammenfassen, das ich hier als *Narrativ Eins* bezeichne. Es beruht auf der Beziehung, in die viele Journalist:innen das von Schwesig regierte Mecklenburg-Vorpommern und (potenzielle) Tourist:innen zueinander setzen und die sich mit dem erweiterten Aktantenmodell als opponentische

34 Curd Wunderlich: „Gericht kippt Ostsee-Verbot – Was an Ostern erlaubt ist und was nicht“. In: *Welt Online*. <https://www.welt.de/vermisches/article207126099/Corona-Regeln-Ostern-Was-in-Ihrem-Bundesland-erlaubt-ist-und-was-nicht.html>, 9.4.2020 [zuletzt eingesehen 17.3.2023]. Im Folgenden zitiere ich mit dem zuvor erläuterten Siglensystem nach folgendem Schema: Nachname(n) der Autorin(nen) plus Kürzel der Quelle plus Datum der Veröffentlichung. Für den hier zitierten Artikel ergibt sich so die Sigle „Wunderlich WON 9.4.2020“ (vgl. Kapitel 4.1.3). Eine Auflösung aller Siglen und die entsprechenden bibliografischen Angaben zu den zitierten Texten des Korpus finden sich im Primärquellenverzeichnis. Passagen, die ich für die Analyse und die Leser:innen als besonders bedeutend erachte, hebe ich in den fortlaufend nummerierten Zitaten in Kursivdruck hervor.

Relation zwischen zwei Subjekten beschreiben lässt (vgl. Kapitel 3.2.2.2): Im Zentrum der Erzählungen stehen sowohl Mecklenburg-Vorpommern als auch verschiedene Personengruppen, die von außerhalb ins Bundesland einreisen wollen. Dabei erscheinen die Interessen beider Seiten, also die Objekte der beiden Subjekte, nicht miteinander vereinbar.

(MV 1) In der Corona-Krise schließen nicht nur Nationalstaaten ihre Grenzen. *Mecklenburg-Vorpommern etwa verbietet Besitzern von Ferienwohnungen aus anderen Bundesländern die Einreise.* Politiker von Linken und Grünen kritisieren das scharf. [...] Die Linke im Bundestag lehnt die teilweise angeordneten Einreisebeschränkungen innerhalb Deutschlands zur Eindämmung der Corona-Krise ab. Der Parlamentarische Geschäftsführer Jan Korte sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, zwar seien die allgemeinen Kontaktsperren richtig. *„Aber an den Bundesländern Grenzen hochzuziehen und zu sagen, die einen dürfen sich mal einen Tag am Meer von ihrem Alltag in der Wohnung erholen und die anderen nicht – das geht zu weit. Wohin soll das führen?“* [...] *Streng sind die Regeln zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Ferienwohnungen etwa dürfen dort nur von ihren Eigentümern genutzt werden, wenn sie auch in Mecklenburg-Vorpommern ihren Hauptwohnsitz haben. Eigentümern aus anderen Bundesländern bleiben Einreise und Nutzung verboten. Und über die Osterfeiertage wurden Tagesausflüge zu Badeorten an der Küste oder der Seenplatte allen und nicht nur Auswärtigen untersagt. Einreisebeschränkungen gelten auch für das benachbarte Schleswig-Holstein, das Touristen seit dem 18. März nicht mehr betreten dürfen.* (Stössel WON 4.4.2020)

(MV 2) *Touristen müssen weiterhin auf Reisen in die nördlichen Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern verzichten. Die bestehende Regelung werde zunächst bis zum 3. Mai verlängert, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD). Solange viele Bereiche noch nicht öffnen könnten, könne sich das Bundesland auch keine Urlaubs- und Tagesausflüge leisten.* Auch ihr schleswig-holsteinischer Amtskollege Daniel Günther (CDU) sagte, sein Land bleibe weiterhin für Touristen und Zweitwohnungsbesitzer gesperrt. (Koerth u. a. SPON 16.4.2020)

(MV 3) *Wegen der bundesweit hohen Corona-Infektionszahlen schränkt Mecklenburg-Vorpommern die Regeln zur Einreise in das Küstenland weiter ein. Wer aus einem anderen Bundesland kommt und einen Zweitwohnsitz im Nordosten hat, muss diesen bis spätestens Freitag nächster Woche verlassen, wie die Landesregierung in Schwerin am frühen Samstagmorgen mitteilte. Dies gelte auch für Dauercamper, Kleingartenpächter sowie Bootseigentümer aus anderen Bundesländern. „Wir sind das Land mit den härtesten Reisebeschränkungen. Und dazu stehen wir“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Freitag im Landtag in Schwerin. „Wenn wir all das nicht tun, dann wird es auch keinen Sommerurlaub in MV geben können“, so die Regierungschefin. Seit November sind Hotels und Pensionen in dem bei Touristen beliebten Bundesland wieder geschlossen. Längere Urlaubsaufenthalte und selbst Tagesausflüge aus anderen Bundesländern sind bereits seit Monaten grundsätzlich verboten.* (Optensteinen SPON 17.4.2021)

Die zumeist recht heterogen beschriebenen Reisewilligen strebten aus verschiedenen Gründen danach, sich in Mecklenburg-Vorpommern aufzuhalten. Das Bundesland sei vor allem durch sein Erholungsversprechen reizvoll; nicht nur, aber gerade auch in Krisenzeiten (vgl. MV 1). Dort hingegen werde das Ziel verfolgt, Menschen aus anderen Teilen Deutschlands zugunsten einer wirksamen Viruseindämmung fernzuhalten – was mithilfe landeseigener Verordnungen und ihrer polizeilich kontrollierten Umsetzung auch gelinge. Während sowohl das häufig personifizierte Mecklenburg-Vorpommern als auch Ministerpräsidentin Schwesig aktiv gegen Menschen aus anderen Bundesländern über Ein- und Ausreise verfügen könnten, bleiben Letztere in ihren beschriebenen Handlungen häufig passiv: Sie dürften sich nicht im Küstenland erholen (vgl. MV 1), müssten aufs Reisen verzichten (vgl. MV 2), das Bundesland wieder verlassen (vgl. MV 3). Das opponentische Verhältnis ließe sich im Grunde als ein wechselseitiges fassen: Mecklenburg-Vorpommern verwehre Tourist:innen die Einreise, diese wiederum bedrohten die gute Infektionslage im Bundesland. Meist aber sind es in den medialen Erzählungen Mecklenburg-Vorpommern und seine Ministerpräsidentin, die anderen Akteur:innen über bestimmte Formulierungen deutlich entgegengestellt werden: „Mecklenburg-Vorpommern [...] verbietet [...] die Einreise“ (MV 1), „schränkt [...] die Regeln zur Einreise [...] weiter ein“ (MV 3). Somit erfüllt das Bundesland in vielen der untersuchten Texte eine narrative Funktion, die sich aktantentheoretisch als Rolle des opponentischen Antisubjekts interpretieren lässt; als Subjekt also, das die Vorhaben anderer Subjekte verhindere. Schwesig deute ich dabei sowohl als Adressant als auch Antiadressant der Erzählungen: Denn sowohl die Reisewilligen als auch Mecklenburg-Vorpommern seien auf Schwesigs politische Entscheidungen angewiesen, um das jeweilige Anliegen umsetzen zu können (vgl. MV 2 u. 3).

Durch den wiederholt aufgegriffenen Status von Mecklenburg-Vorpommern als bei vielen Menschen in Deutschland beliebtes Reiseland fallen die erlassenen Einreiseregulungen besonders ins Gewicht (vgl. MV 3; vgl. auch Hassenkamp SPON 4.4.2020, Moche WON 8.4.2020, o. V. WON 31.10.2020). Dabei werden Mecklenburg-Vorpommern und Schwesig in Bezug auf strikte Reiseregulungen wiederholt auch andere Bundesländer zur Seite gestellt, vor allem Schleswig-Holstein mit Ministerpräsident Daniel Günther (vgl. MV 1 u. 2), die sich zu Pandemiebeginn ebenfalls der Rolle des Antisubjekts zuordnen lassen: „Der deutsche Norden sperrt alle Touristen aus“ (Exner u. a. WON 18.3.2020; vgl. auch Gökkaya u. Steffen ZON 24.4.2020). Während Schleswig-Holstein seine Tourismusbestimmungen aber bereits ab Mai wieder

lockere, dürften in Mecklenburg-Vorpommern zu dieser Zeit weiterhin „nur Einheimische urlauben“ (Preker SPON 18.5.2020).

Die besonders strikten Reisebeschränkungen des Bundeslandes werden von Journalist:innen oftmals in Zusammenhang mit einem außergewöhnlich niedrigen Infektionsgeschehen in der Region gebracht. Niedrige Erkrankungszahlen werden entweder als Resultat der restriktiven Krisenpolitik gezeigt (vgl. MV 4 u. 5) oder aber in Kontrast zu dieser gesetzt. Angesichts der wenigen COVID-19-Infektionen bewerten manche Autor:innen Mecklenburg-Vorpommerns Einreiseregulungen als geradezu grundlos strikt; für die strenge Vorgehensweise gebe es eigentlich keinen Anlass, sie mute wenig legitim an. Darauf deutet beispielsweise die wiederholte Formulierung des *rigorosen* beziehungsweise *rigiden Abschottens* hin (vgl. ebd.). Es ist aufschlussreich, dass sich in diesem Zusammenhang für die journalistischen Erzählungen keine Adressantenrolle im Sinne einer Erklärung für die Einreiseregulungen ermitteln lässt (vgl. Kapitel 3.2.2.2). Denn hierin deutet sich ein grundlegender Anspruch an Pandemiemaßnahmen an: Der Grad der Restriktivität müsse gut begründet sein und sei vor allem an der jeweiligen Infektionssituation auszurichten.³⁵ So seien es vor allem auch „die geringen Infektionszahlen im Nordosten“, die im August 2020 schließlich „für ein Einlenken“ im Bundesland sorgten (Preker SPON 25.8.2020).

(MV 4) Führend in beiden Kategorien [bei Fallzahlen und Verdopplungszeit; N. P.] ist Mecklenburg-Vorpommern. *Bislang 33 Fälle pro 100.000 Einwohner. Dort gibt es noch gar keine Coronakrise. Aber man schottet sich rigoros ab und lässt Berliner oder Hamburger die Krise nicht in ihren Ferienhäuschen aussitzen. Ist das nicht übertrieben? Oder ist das ein Grund für die guten Zahlen?* (Kurbjuweit SPON 8.4.2020)

(MV 5) *Dass Mecklenburg-Vorpommern mit nur 653 Infizierten und 15 Toten von allen Bundesländern die niedrigsten Infektionszahlen pro Einwohner hat, ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass das Land in der Corona-Krise einen rigiden Abschottungskurs gefahren ist. Die Inseln wurden konsequent gesperrt, Urlauber und Zweitwohnungsbesitzer nach Hause geschickt. Sogar den eigenen Bürgern wollte die Landesregierung den Osterausflug an Küsten und Seen verbieten. Die Verordnung wurde zwar kurzfristig vom Oberverwaltungsgericht Greifswald gekippt, der Appell aber blieb [...]. Auch die Ministerpräsidentin selbst verzichtete auf ihren traditionellen Osterurlaub an der Ostsee.* (Menkens WON 21.4.2020)

(MV 6) *Tagesgäste dürfen bis August nicht nach Mecklenburg-Vorpommern. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es kaum noch neue Infektionsfälle. Das Einreiseverbot für*

35 Vgl. zur Bedeutung von „situationsangepasste[m] Krisenmanagement“ auch Eckhard u. Lenz: „Die öffentliche Wahrnehmung“, S. 1.

Tagesgäste aus anderen Bundesländern bleibt aber mit wenigen Ausnahmen bestehen. [...] Das Bundesland verzeichnet nur wenige Neuinfektionen, in den vergangenen drei Wochen sind lediglich fünf neue Fälle gemeldet worden. Seit Beginn der Pandemie haben sich 806 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nachweislich mit dem Coronavirus infiziert, 20 von ihnen sind im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben. Sowohl in absoluten Zahlen als auch im Hinblick auf die Bevölkerungszahl ist Mecklenburg-Vorpommern damit das Bundesland, das am wenigsten von der Pandemie getroffen worden ist. (Eydlin ZON 18.7.2020)

Im wiederkehrenden Begriff des *Abschottens* (vgl. MV 4 u. 5) deutet sich auch die erzählerische Bedeutung der Kategorien *innen* und *außen*, *heimisch* und *auswärtig* beziehungsweise „die einen“ und „die anderen“ (MV 1) an, die in der aktantentheoretischen Interpretation von Subjekt und Antisubjekt deutlich zum Ausdruck gebracht werden können. Als Subjekt lassen sich in diesem Falle die Menschen „aus anderen Bundesländern“ deuten, die nach Mecklenburg-Vorpommern einreisen möchten und dabei insofern zu den „anderen“ werden (MV 1, 3 u. 6), als sie „nicht in Mecklenburg-Vorpommern wohnen“ (Preker SPON 3.4.2020), also ihren Hauptwohnsitz außerhalb des Bundeslandes haben. Besondere erzählerische Aufmerksamkeit wird in diesem Zuge auf Menschen aus großstädtischen Räumen wie den Stadtstaaten Hamburg und Berlin gerichtet (vgl. MV 4). Es seien vor allem Berliner:innen, die „gern einen Kurztrip an die Ostsee unternehmen“ (Menkens u. Vetter WON 9.10.2020) und auch für Hamburger:innen bestehe „ein Teil der Lebensqualität [...] darin, Hamburg ab und an hinter sich lassen zu können“ (Zinnecker ZON 29.4.2020). Das wenig dicht besiedelte und zu großen Teilen ländlich geprägte Bundesland erscheint gegenüber dem (groß-)städtischen Raum in Zeiten der Gesundheitskrise vorteilhaft.

Als der Bewegungsradius während der Osterfeiertage im ersten Pandemie-jahr kurzzeitig nicht nur für Auswärtige, sondern auch für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern beschränkt werde, lassen sich auch die Einheimischen – bis hin zur Ministerpräsidentin selbst – vorübergehend der Subjekt-position zuordnen (vgl. MV 1 u. 5). Doch die Trennung zwischen den Menschen innerhalb und außerhalb des Bundeslandes verschwimmt nur kurz, bis das Reiseverbot für die Bewohner:innen Mecklenburg-Vorpommerns in Greifswald juristisch für unwirksam erklärt werde: „Gericht kippt Ostsee-Verbot [...]. Nun dürfen die Einwohner des Bundeslandes doch an die Ostsee, auf die Insel oder in die Seenplatte fahren“ (Wunderlich WON 9.4.2020). Darüber hinaus wird eine Trennung von *innerhalb* und *außerhalb* durch die wiederkehrende Thematisierung von bestimmten Personenkreisen infrage gestellt, die trotz eines auswärtigen Wohnortes stark mit dem Bundesland verbunden seien: dort zum Beispiel Häuser, Wohnungen, Gärten oder Boote besitzen

beziehungsweise mieten (vgl. MV 1–5) oder in Mecklenburg-Vorpommern Familie haben (vgl. MV 7 u. 9). Indem Journalist:innen herausstellen, dass die Einreisebeschränkungen gerade in den ersten Monaten der Krise auch einen Einschnitt in solche Beziehungen bedeuteten, Personen von Besitz und Angehörigen trennten, zeigen sie das Vorgehen als rechtlich und moralisch fragwürdig. Allerdings würden Beschränkungen für diese Personengruppen über Ausnahmeregelungen auch früher wieder ausgesetzt (vgl. Berres SPON 3.4.2021). Besonders streng seien die Bestimmungen des Bundeslandes hingegen lange Zeit für Tagestourist:innen und für Menschen aus Hochinzidenzgebieten.

(MV 7) Darf man die Familie über Ostern besuchen oder nicht? Die Vorgaben der einzelnen Bundesländer für Familienbesuche erscheinen verwirrend. *Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Eigentlich ist das Bundesland wegen der Coronakrise für Privatreisende aus anderen Regionen Deutschlands tabu, selbst Tagesausflüge sind verboten. Familienbesuche sind allerdings dann gestattet, wenn es die Kernfamilie betrifft.* Laut Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zählen dazu Kinder, Eltern, Großeltern. Demnach könnten Kinder, die in Hamburg leben, ihre Eltern in Mecklenburg-Vorpommern besuchen. (Köppe u. Pauly SPON 8.4.2020)

(MV 8) Auch die Badeorte an den Küsten Mecklenburg-Vorpommerns stellen sich auf einen Gästeansturm ein – obwohl Tagestouristen aus anderen Bundesländern, also Besucher ohne gebuchte Übernachtung, coronabedingt noch nicht einreisen dürfen. Bei Zuwiderhandlung drohen Bußgelder von mindestens 150 Euro. Flächendeckende Kontrollen wird es laut Polizei zwar nicht geben. Doch würden der Anreiseverkehr und die Belegung der Strände genau beobachtet und gegebenenfalls auch steuernd eingegriffen, hieß es in einer Mitteilung des Landkreises Rostock. (Golombek SPON 8.8.2020)

(MV 9) Mecklenburg-Vorpommerns Landesregierung hat die Einreise von Privatpersonen aus Risikogebieten zu Familienbesuchen ohne vorherigen negativen Coronatest und anschließende Quarantäne gestattet. *Nach deutlichen Unverständnis-Erklärungen über die seit Freitag geltende neue Corona-Verordnung hat Gesundheitsminister Harry Glawe (CDU) mit sofortiger Wirkung die Bestimmung verändert. Danach dürfen Personen, die in Risikogebieten leben, zu privaten Besuchen bei ihrer Kernfamilie mit Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern einreisen, sich im Land aufhalten oder wieder zurückkehren.* (Kammer ZON 11.10.2020)

Allerdings scheinen viele journalistische Erzähler:innen neben der Thematisierung konkreter Personengruppen gerade darauf abzielen, den Kreis der potenziell Betroffenen möglichst offen zu halten. Unter anderem in Konstruktionen mit dem Indefinitpronomen *man* zeigt sich, wie unbestimmt beziehungsweise umfassend die Gruppe der Betroffenen textübergreifend angelegt ist: „Dass man derzeit nach Mallorca, aber nicht nach Mecklenburg-Vorpommern reisen darf, hat den Unmut über absurde Regelungen noch verstärkt“

(Schlieben ZON 24.3.2021; vgl. auch MV 7). Die Reisebestimmungen betreffen letztlich einen Großteil der Menschen im Land.

Immer wieder sei Mecklenburg-Vorpommern dementsprechend „wegen seiner restriktiven Einreiseverbote für Touristen Kritik“ ausgesetzt (Beug WON 6.10.2020), geäußert unter anderem von verschiedenen Politiker:innen (vgl. MV 1). Besonders deutlich falle die Kritik in Reaktion auf die „bundesweit schärfsten Beherbergungsregeln“ für Reisende aus Hochinzidenzregionen aus (Stockrahm ZON 17.10.2020), die Anfang Oktober 2020 im Bundesland erlassen würden. Während sich Schwesig noch zu Pandemiebeginn im Vergleich zu anderen Ministerpräsident:innen keineswegs als „Hardlinerin empfinde“ (Menkens WON 21.4.2020), stehe sie später dazu, dass Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland „mit den härtesten Reisebeschränkungen“ sei (MV 3; vgl. auch Düringer WON 16.10.2020). Und doch trage die „massive Kritik“ (Böcking SPON 17.10.2020) aus anderen Bundesländern im Oktober 2020 (neben niedrigen Infektionszahlen) dazu bei, dass die Reiseregulungen in Mecklenburg-Vorpommern zumindest teilweise wieder gelockert würden (vgl. MV 9) – beziehungsweise aufgrund juristischer Entscheidungen wieder gelockert werden müssten: „Für Touristen aus inländischen Corona-Risikogebieten, die in Mecklenburg-Vorpommern Übernachtungen gebucht haben, gelten nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Greifswald keine Beschränkungen mehr“ (Will u. Wunderlich WON 21.10.2020).

Somit fasse ich vor allem juristische Krisenakteur:innen, aber auch politische Kritiker:innen aus anderen Teilen Deutschlands für viele mediale Erzählungen als Adjuvant der umfassenden Subjektgruppe; sofern sie Tourist:innen in ihrem Wunsch, ins Bundesland zu reisen, stützen. Dabei verdeutlichen journalistische Berichte zu gerichtlichen Entscheidungen über (und oftmals gegen) die Eindämmungsmaßnahmen im Bundesland, dass Akteur:innen wie juristische Institutionen in der Berichterstattung selten als integraler Bestandteil der abstrakten, vermeintlich eigenständig agierenden Figur Mecklenburg-Vorpommern gedacht, sondern dieser häufig vielmehr (im Sinne des Antioponenten) entgegengestellt werden. Dass jedes Bundesland neben Ministerpräsident:in und Landesregierung ganz verschiedene Handlungsträger:innen und Instanzen umfasst und mit seiner Nennung durchaus auch für juristische Institutionen und Universitäten, Vereine und Verbände, Unternehmen und nicht zuletzt die Einwohner:innen des Landes stehen könnte, wird erzählerisch selten erkennbar.³⁶

36 Vgl. Martin Koschkar: „Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum“. In: Martin Koschkar, Christian Nestler u. Christopher Scheele (Hg.): *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*. Wies-

Auch die Vertreter:innen der mecklenburg-vorpommerschen Tourismusbranche lassen sich in manchen der analysierten Texte in einer doppelten Funktion von Adjuvant (*für* die Reisewilligen) und Antiopponent (*gegen* das Bundesland) lesen, da sie sich früh in der Krise in Verhandlungen mit der Landesregierung für eine Öffnung des Landes einsetzten: zugunsten potenzieller Besucher:innen, aber auch für die Sicherung der Branche selbst. Diese sei bereits zu Pandemiebeginn „überproportional von der Krise betroffen“ (Moche WON 8.4.2020) und lässt sich dementsprechend (neben Urlauber:innen oder Zweitwohnungsbesitzer:innen) auch als Adressat der narrativen Konstellation interpretieren, der von den Entscheidungen der Landesregierung abhängig ist.

(MV 10) *Der für das Land so wichtige Tourismus liegt aber weiterhin brach – und das bei Kaiserwetter. Urlaubsreisen sind mindestens bis zum 3. Mai verboten. Wie es danach weitergehen kann, will die Landesregierung diese Woche mit dem Tourismus- und Gastronomiegewerbe beraten. Doch Hoffnungen auf einen schnellen Neustart macht die Ministerpräsidentin der Branche nicht. „Natürlich wünschen wir uns alle, dass möglichst bald wieder zahlreiche Urlaubsgäste nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Realistisch betrachtet werden wir den Tourismus aber nur behutsam und schrittweise wieder hochfahren können“, sagt Schwesig. [...] In der Branche sorgt die zögerliche Haltung der Politik inzwischen für deutlichen Missmut. Anfangs habe es für die radikale Vollbremsung viel Verständnis gegeben, sagte der Geschäftsführer des Landestourismusverbandes, Tobias Weitendorf, WELT. [...] Die Krise habe die Tourismuswirtschaft ins Mark getroffen; viele Betriebe hätten trotz der Zuschüsse, die das Land zahlt, greifbare Existenzängste, sagt Weitendorf. [...] Neben einem Stufenplan für die Erleichterung der Restriktionen erwarten die Betriebe vor allem eine Sicherungshilfe für die Zeit nach der Krise. Ob Schwesigs Krisenmanagement am Ende aufgeht, wird auch davon abhängen. (Menkens WON 21.4.2020)*

(MV 11) *Seit März gilt ein Einreiseverbot für Kurzbesucher aus anderen Bundesländern. Das Verbot soll auf Wunsch der Tourismusbranche zum 3. September aufgehoben werden. [...] Die Tourismusbranche im Nordosten hatte schon seit Längerem auf eine Öffnung auch für Tagestouristinnen gedrängt. Doch hatte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) dies mit Verweis auf die Ansteckungsrisiken im Zuge von Schulstart und Kita-Öffnung zunächst abgelehnt. Jetzt sanken die Corona-Infektionszahlen im Nordosten mit Ende der Ferienhochsaison aber wieder. Mit bislang 62 Infektionsfällen je 100.000 Einwohner weist Mecklenburg-Vorpommern die geringste Quote bundesweit auf. Der Durchschnitt liegt bei 281. (Schalamon ZON 25.8.2020; vgl. auch Preker SPON 25.8.2020)*

baden 2013, S. 301–326, hier S. 306. Vgl. zur medial besonders starken Repräsentation von Ministerpräsident:innen auch Reus: „Die mediale Darstellung des Föderalismus“, S. 383.

(MV 12) Mecklenburg-Vorpommern gibt seinen harten Kurs beim Beherbergungsverbot für Gäste aus Corona-Risikogebieten auf. *Nach wochenlangem Streit und wenige Tage vor einem dazu erwarteten Gerichtsurteil einigten sich Landesregierung und Tourismusbranche darauf, dass für Urlaub im Nordosten von Mittwoch an ein aktueller negativer Corona-Test ausreicht.* Das teilte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Samstag mit. (Böcking SPON 17.10.2020)

In Textbeispiel MV 10 wird erkennbar, dass sich analytisch nicht nur das Fernhalten von auswärtigen Besucher:innen zugunsten einer stabilen Infektionslage als begehrtes Objekt Mecklenburg-Vorpommerns beziehungsweise Schwesigs konstruieren lässt. Einige Journalist:innen greifen vor allem über Zitate der Ministerpräsidentin ein weiteres Ziel auf, auf das sie hinarbeite: Auch wenn andere Bereiche gesellschaftlichen Lebens Vorrang hätten (zum Beispiel Schulen, vgl. MV 2 u. 11), wolle Schwesig schnell wieder Urlaub im Bundesland ermöglichen (vgl. MV 3). Mecklenburg-Vorpommern solle weiterhin bedeutendes und attraktives „Tourismusland [...] bleiben“ (Menkens WON 21.4.2020). Dafür seien in Zeiten einer globalen Pandemie aber strikte Regelungen notwendig, Schwesig wolle „sicheren Tourismus garantieren“ (Schalamon ZON 13.10.2020). Besondere Einschränkungen für Reisende aus Risikogebieten zielten nicht darauf ab, so greift Schwesig die hier verhandelten Erzählungen kritisch auf, „Menschen auszuschließen“ (ebd.).

Auch manche Journalist:innen zeigen die in Mecklenburg-Vorpommern geltenden touristischen Verbote als durchaus notwendig: Wäre es möglich „massenhaft aus Berlin oder anderswo nach Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern“ zu reisen, würde sich SARS-CoV-2 „nach und nach überall gleichmäßig verteilen“ (Hensel ZON 26.4.2020). Die strengen Vorgaben könnten auch für andere Bundesländer vorbildhaft sein:

Wenn Wandern und Tagesausflüge an Seen also explizit nicht zu den Aktivitäten gehören, die die Menschen in Bayern während der Corona-Pandemie tun sollten, warum wird es dann nicht verboten? In Mecklenburg-Vorpommern oder in Schleswig-Holstein wurde ein Tourismusverbot verhängt, in Nordrhein-Westfalen ist Klettern offiziell untersagt. (Materla ZON 9.4.2020)

Und dennoch: Für eine Mehrheit der untersuchten Texte erkenne ich Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise Schwesig in einer opponentischen Position zu der Vielzahl an Menschen, die sich auch (oder gerade) in Krisenzeiten im Bundesland aufhalten wollten und dabei Unterstützung durch Akteur:innen aus Politik, Rechtsprechung und Wirtschaft fänden.

5.3 Narrativ Zwei: „Eigeninitiativen und Sonderwege[]“³⁷

Ein von vielen Krisenakteur:innen angestrebtes deutschlandweit einheitliches Vorgehen gegen die Ausbreitung von SARS-CoV-2 werde unter anderem durch Mecklenburg-Vorpommern und die landeseigenen Beschlüsse Schwesigs wiederholt gestört. Auch wenn das eigenständige Handeln durch die vergleichsweise niedrigen Infektionszahlen im Bundesland berechtigt erscheinen mag, erschwere es einen übersichtlichen, stringenten und sicheren Umgang mit dem Virus in Deutschland.

In Hinblick auf die im Bundesvergleich besonders strikten Pandemieregulungen zu Einreise und Beherbergung werden Mecklenburg-Vorpommern und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in journalistischen Erzählungen nicht nur Reisewillige entgegengestellt (vgl. Narrativ Eins). Schwesigs Krisenkurs fordere auch die Pandemiopolitik anderer Bundesländer heraus, zum Beispiel in Schleswig-Holstein:

Der rigide Ausschluss von Tagestouristinnen hatte der Landesregierung in Schwerin nicht nur Kritik potenzieller Besucherinnen eingebracht, sondern auch vom Nachbarland Schleswig-Holstein. Dort waren die Strände im Hochsommer wegen fehlender Alternativen oft überfüllt. (Schalamon ZON 25.8.2020)

Vor allem aber erschwerten und gefährdeten bestimmte Vorgehensweisen in Mecklenburg-Vorpommern, die von den Regelungen in anderen Ländern abwichen, immer wieder Einigungsprozesse und gemeinsame Beschlüsse. Das thematisieren Journalist:innen besonders im Oktober 2020, im Kontext der bereits angedeuteten Debatte zum Umgang mit Reisenden und Reiserückkehrer:innen aus deutschen Hochinzidenzgebieten (vgl. Narrativ Eins) und einem deutschlandweiten Beherbergungsverbot.

Dabei sei Mecklenburg-Vorpommern aber nicht das einzige Bundesland, das gemeinsame Beschlüsse erschwere. Auch Berlin, Bremen, Niedersachsen oder Thüringen seien nicht bereit, einen gemeinsamen Beschluss zum Beherbergungsverbot mitzutragen. Während diese Länder ein solches „zunächst nicht umsetzen“ wollten (Blinda SPON 8.10.2020; vgl. auch MV 13), sei Mecklenburg-Vorpommern allerdings (vorerst) das einzige Bundesland, dem „die mehrheitlich beschlossenen Regelungen nicht weit genug“ gingen (Krex u. a. ZON 8.10.2020), und das sich „sogar weitergehende Schritte“ vorbehalte

37 Ulrich Exner: „Das Ministerpräsidenten-Paradox“. In: *Welt Online*. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus225408379/Corona-Krise-Der-eigene-Weg-der-Ministerpraesidenten.html>, 31.1.2021 [zuletzt eingesehen am 17.3.2023].

(Vooren u. Gaul ZON 7.10.2020). Im Aktantenmodell, das ich zu den journalistischen Texten über diese bundesweiten Verhandlungen zum Beherbergungsverbot entwickelt habe, stehen sich demnach zumeist drei Subjekte (mit unterschiedlichen Objekten) gegenüber: die meisten der sechzehn deutschen Bundesländer und die damalige Bundeskanzlerin, die ein einheitliches Beherbergungsverbot für Reisende aus Hochinzidenzgebieten forderten, die bereits genannten Bundesländer, die das ablehnten, und Mecklenburg-Vorpommern, das die Forderungen nach einem negativen COVID-Test zur Einreise um eine zusätzliche Quarantäne ergänzen wolle. Das Streben nach einer einheitlichen Regelung deute ich in dieser Aktantenstruktur als zentrales Objekt, dem Mecklenburg-Vorpommern entgegengestellt wird. Somit lässt sich das Bundesland aktantentheoretisch erneut als opponentisches Antisubjekt betrachten (vgl. auch Narrativ Eins).

(MV 13) *Thüringen, Berlin und Bremen wollen aktuell noch keine Beherbergungsverbote aussprechen, Niedersachsen prüft noch. Mecklenburg-Vorpommern will seine noch deutlich strengere Regel beibehalten. Demnach darf man mit einem negativen Corona-Test zwar einreisen, muss sich aber trotzdem in eine 14-tägige Quarantäne begeben.* Sie kann nur durch eine erneute Testung nach fünf bis sieben Tagen verkürzt werden. *Eine Regelung, die einen Kurzurlaub im Grunde unmöglich macht.* Betroffen davon dürften vor allem die Berliner sein, die kommende Woche in die Herbstferien starten und die gern einen Kurztrip an die Ostsee unternehmen. (Menkens u. Vetter WON 9.10.2020)

(MV 14) *Bei den Beratungen wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Länderchefs am Nachmittag versuchen, sich auf einheitlichere Regelungen zu verständigen.* Die Positionen der Bundesländer beim Beherbergungsverbot klappten im Vorfeld auseinander. *So lehnte etwa Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) eine Lockerung der strengen Beschränkungen in ihrem Bundesland ab.* Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) kritisierte die Reisebeschränkungen. (Jungehülsing ZON 14.10.2020)

(MV 15) *Den Streit über die Beherbergungsverbote für Reisende aus innerdeutschen Risikogebieten haben Bund und Länder nicht gelöst. [...] Am Mittwoch hatten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin getagt und über das weitere Vorgehen bei der Pandemiebekämpfung beraten. Auf eine bundeseinheitliche Regelung zum Beherbergungsverbot konnte man sich jedoch nicht verständigen. Mehrere Bundesländer, etwa die Reiseländer Mecklenburg-Vorpommern und Bayern, wollten an ihren Regelungen zum Beherbergungsverbot festhalten.* (Lehmann SPON 15.10.2020)

Zwar zeigen manche Journalist:innen Mecklenburg-Vorpommern als Teil einer Gruppe vergleichsweise strikt agierender Bundesländer (vgl. MV 15), oftmals wird das Land aber als abweichende Akteurin mit „besonders strengen Ausnahmeregelungen“ präsentiert (Menkens u. a. WON 11.10.2020): „Tat-

sächlich hat Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise strenge Regeln für Touristen“ (Gubernator u. Wunderlich WON 13.10.2020). So gelte im Bundesland nach der Rückkehr aus Risikogebieten im Unterschied zu anderen Ländern eine Quarantänepflicht: „Diese Vorgaben galten bislang nur in Mecklenburg-Vorpommern und waren die bundesweit schärfsten“ (Stockrahm ZON 17.10.2020). Diese Vorschrift stoße „auf massive Kritik“ (Pütz SPON 18.12.2020), auch im Bundesland selbst. Der damalige mecklenburg-vorpommersche Bürgerbeauftragte Matthias Crone spricht von einer „Ungleichbehandlung“, die „rechtlich fragwürdig“ sei und sich auch nicht durch eine besonders schlechte Infektionslage begründen lasse (ebd.).

In einigen Texten der medialen Berichterstattung wird Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Schwesig stärker in den Fokus gerückt, die ich für eine Vielzahl der betrachteten Erzählungen als Antiadressantin im Aktantenmodell verorte. In der Diskussion um ein Beherbergungsverbot stehe sie einer Gemeinschaft von Bundesländern und Ministerpräsident:innen gegenüber und verfolge einen *Sonderweg* – vermutlich eine Formulierung der dpa, die im Oktober in allen drei Onlinezeitungen aufgegriffen wird: Manuela Schwesig habe „angesichts der steigenden Zahl an Neuinfektionen lange Zeit auf ihren Sonderweg bestanden“ (Stockrahm ZON 17.10.2020; vgl. auch Böcking SPON 17.10.2020 u. Rößner u. Beug WON 17.10.2020).³⁸ Ein solcher Sonderweg, der in Mecklenburg-Vorpommern verfolgt werde, wird in der Berichterstattung im Frühjahr 2021 erneut thematisiert, diesmal in Zusammenhang mit der dort geplanten Bestellung des russischen COVID-19-Impfstoffs *Sputnik V*. Schwesig hebe sich damit erneut von anderen Handlungs- und Entscheidungsträger:innen ab und unterlaufe die Vorhaben der Bundesregierung: „Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat die Sonderwege dagegen kritisiert. ‚Für die Beschaffung der Impfstoffe ist die Bundesregierung zuständig,‘ sagte die SPD-Politikerin. Da gehöre das Thema hin“ (Moche u. Gubernator WON 8.4.2021).

38 Der Begriff des *Sonderwegs* ist historisch besetzt und bezieht sich auf die heute verstärkt infrage gestellte Vorstellung von einem *deutschen Sonderweg*, also auf die Idee, dass „sich die deutsche historische Entwicklung von der der übrigen europäischen, insbesondere der westeuropäischen, Länder unterscheidet“, aus: Bernd Faulenbach: „Deutscher Sonderweg. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewusstseins“. In: *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte* 33 (1981), S. 3–21, hier S. 3. Die Verwendung im Pandemiekontext erscheint für die Beschreibung von bestimmten Vorgehensweisen sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Schweden (vgl. Kapitel 6.2) von dieser historischen Bedeutung losgelöst. Dennoch wird mit dem Begriff auch in Krisenzusammenhängen eine Unterscheidung zwischen Norm und Abweichung starkgemacht.

Schwesig und Mecklenburg-Vorpommern fielen bei allen „Sonderwegen“ vor allem durch ungewöhnlich strikte Regelungen auf, zeichneten sich in der Gesundheitskrise durch einen „in vielen Bereichen [...] besonders strengen Kurs“ aus (Kamann u. a. WON 23.10.2020). Die Landesregierung plädierte zum Beispiel für vergleichsweise strikte Ausgangssperren oder eine Verschärfung der sogenannten Bundesnotbremse, die inzidenzabhängige, bundesweit abgestimmte Maßnahmen vorsehe (vgl. MV 16 u. 18).

(MV 16) *Ausgangssperren sollen in Mecklenburg-Vorpommern schon ab einer Inzidenz von 150 gelten. In anderen Bundesländern liegt dieser Grenzwert bei 200. Auch Schul- und Kitaschließungen werden unterschiedlich umgesetzt. Ein Überblick der Vorgaben in allen 16 Bundesländern. Am späten Dienstagabend einigten sich die Bundesregierung und die 16 Ministerpräsidenten auf eine Verlängerung des Lock-downs bis zum 14. Februar. Doch in der Umsetzung weichen einige Bundesländer von dem Beschluss ab.* (Will u. Beug WON 22.1.2021)

(MV 17) Auch Manuela Schwesig fordert in ihren öffentlichen Auftritten wie zuletzt im Zusammenhang mit möglichen neuerlichen Grenzkontrollen immer wieder ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer in der Pandemiebekämpfung. *Gleichzeitig verzichtet sie bei der Festlegung der Mecklenburger Corona-Regeln auf Absprachen. Selbst die norddeutschen Nachbarländer fühlen sich in der Regel überrumpelt vom Kurs der Schweriner Regierungschefin. Als erste Ministerpräsidentin überhaupt schottete die Sozialdemokratin ihr Territorium im vergangenen Frühjahr gegen Tagestouristen und Urlauber ab. Eine Regel, die in Mecklenburg-Vorpommern – anders als in den anderen Küstenländern – auch jetzt wieder gilt. Gleichzeitig verzichtet Schwesig auf eine verbindliche Schließung von Kitas und Grundschulen – sehr zum Ärger beispielsweise ihres Parteifreundes Peter Tschentscher. Hamburgs Bürgermeister muss den Eltern erklären, warum in der Hansestadt nicht möglich ist, was in Schwerin eben doch geht.* (Exner WON 31.1.2021)

(MV 18) Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin ist die Bundesnotbremse zu lasch. [...] Kurz bevor der Bundesrat die Novelle des Infektionsschutzgesetzes voraussichtlich bestätigen wird, kritisieren mehrere Ministerpräsidenten die Bundesnotbremse. *Für Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) geht das Gesetz, das der Bundestag gestern beschlossen hat, nicht weit genug. [...] Die Notbremse bleibe weit hinter den verabredeten Regeln zurück. Ihr Bundesland werde die Bundesnotbremse nicht umsetzen, „weil sie den Menschen nicht hilft“. [...] Ziel des Bundesgesetzes ist es, die Regelungen zum Infektionsschutz, die bisher von den Ländern teils unterschiedlich interpretiert und umgesetzt wurden, zu vereinheitlichen.* (Otto ZON 22.4.2021)

Das Textbeispiel MV 17 deutet jedoch bereits an, dass Schwesig und Mecklenburg-Vorpommern medial nicht nur mit einer vergleichsweise restriktiven Krisenpolitik in Verbindung gebracht werden. Gerade für den Tourismusbereich, in dem sich das Bundesland in den bisherigen Beispielen durch besonders scharfe Regelungen ausgezeichnet hat, lassen sich ebenso journalistische

Erzählungen über verhältnismäßig liberale Ansätze in Mecklenburg-Vorpommern anführen. Bereits im April 2020, als die mediale Berichterstattung zum Bundesland von einer Erzähltendenz bestimmt wird, die ich unter *Narrativ Eins* dargelegt habe, gehe Mecklenburg-Vorpommern „im Freizeitbereich [...] eigene Wege“, die auch erste Überlegungen zum „Wiederauffahren des Tourismus“ umfassten (Exner u. a. WON 17.4.2020). Wenig später „preschen immer mehr Bundesländer mit eigenen Plänen für weitere Lockerungen von Corona-Beschränkungen vor“ (o. V. WON 5.5.2020), darunter Mecklenburg-Vorpommern, was dem Ziel bundesweit einheitlicher Beschlüsse entgegenstehe.

Im März 2021 wird Schwesig dann wiederholt als Beispiel für „Länderchefinnen“ angeführt, die „Urlaub im eigenen Bundesland trotz anderslautender Empfehlung des Bundes ermöglichen wollen“ (Müller ZON 28.3.2021). In einer Debatte um kontaktarmen Urlaub stünden Befürworter:innen wie Schwesig vor allem der Bundeskanzlerin gegenüber, die sich „vehement für strengere Corona-Regeln und Vorsicht“ ausspreche: „Merkel und die Regierungschefs einiger Länder hatten sich zuvor verhakt. Vor allem der Inlandsurlaub, den einige Ministerpräsidenten ermöglichen möchten, war umstritten“ (Beug u. Wunderlich WON 23.3.2021). Neben Mecklenburg-Vorpommern werde erneut auch in Schleswig-Holstein versucht, „wenigstens eingeschränkt Urlaub zu Ostern möglich zu machen – zu wichtig ist in beiden Bundesländern der Tourismus“ (Doll u. a. WON 18.3.2021). Unabhängig getroffene Entscheidungen und verfolgte Ziele, die koordinierten Vorhaben entgegenstünden, werden medial selten ausschließlich für Schwesig und Mecklenburg-Vorpommern diskutiert; und doch dient das Bundesland journalistischen Erzähler:innen immer wieder als prominentes Beispiel für „Eigeninitiativen und Sonderwege[]“ (Exner WON 31.1.2021) durch die Gesundheitskrise: „Mindestens bis zum 7. März bleibt Deutschland im Shutdown – doch einige Bundesländer kündigen bereits Ausnahmen an. Das gilt vor allem für Mecklenburg-Vorpommern“ (Golombek SPON 25.2.2021).

Dass sich die sechzehn Bundesländer „nicht einigen“ könnten (Fuest u. Klauth WON 12.3.2021), ist zentrales Thema im deutschen Pandemiediskurs und führt zu verstärkten Debatten um die Funktionsfähigkeit des deutschen Föderalismus. In Artikelüberschriften wie *In der Pandemie ist der Föderalismus ein Segen* (Rosenfeld WON 25.8.2020; vgl. auch Hipp SPON 27.4.2020) oder *Deutschland, ein Flickenteppich* (Steffen ZON 6.12.2022; vgl. auch Fischer SPON 10.3.2021) deuten sich gegensätzliche journalistische Posi-

tionen zum föderalen Umgang mit der Ausbreitung von SARS-CoV-2 an.³⁹ In der Berichterstattung werden auch für die Politiker:innen der Bundesländer unterschiedliche Einstellungen aufgezeigt und Schwesig beziehungsweise Mecklenburg-Vorpommern wiederholt zu den Befürworter:innen länderspezifischer Vorgehensweisen gezählt:

Gegen eine bundeseinheitliche Regelung sprachen sich Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern aus. [...] Gleichmäßigkeit klinge zwar gut, schränke aber alle auch gleichermaßen ein, hieß es aus Mecklenburg-Vorpommern. Es sei richtig, solche Entscheidungen in den Ländern zu treffen. (Hendrich WON 23.8.2020)

Für diese Position des möglichen Abweichens von einem einheitlichen Kurs werden journalistisch durchaus Begründungen genannt, insbesondere allerdings in Form von Zitaten der mecklenburg-vorpommerschen Ministerpräsidentin, die sich vor allem auf die niedrigen Infektionszahlen im Land berufe (vgl. MV 19 u. 20).

(MV 19) *Nach der Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am zu forschenden Vorgehen mancher Bundesländer bei Corona-Lockerungen fühlen sich einige Ministerpräsidentinnen und Landeschefs explizit nicht angesprochen. Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig (SPD) sagte dies gegenüber „Bild live“. „Wir sind ja das Land in Deutschland mit den geringsten Infektionen und gehen jetzt Schritt für Schritt wieder Wege der Öffnung.“ Daher habe die Kanzlerin mit Mecklenburg-Vorpommern „keine Not“. Merkel hatte am Donnerstag im Bundestag in ihrer ersten Regierungserklärung zur Corona-Krise gesagt, die Umsetzung der Öffnungsbeschlüsse wirke auf sie „in Teilen sehr forsch, um nicht zu sagen zu forsch“. Welche Länder sie meinte, verschwieg die Kanzlerin. Später wies auch Nordrhein-Westfalen alle Vorwürfe von sich. „Nordrhein-Westfalen war so bundestreu (...) wie nur wenige Bundesländer“, sagt Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) in Düsseldorf. Beobachter hatten darüber spekuliert, dass Merkel vor allem den Lockerkurs von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) impliziert hatte. (Kröning u. Pfahler WON 24.4.2020)*

(MV 20) *Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat sich kurz vor den Beratungen zur Corona-Strategie mit Kanzlerin Angela Merkel und den Ministerpräsidenten erneut gegen eine bundeseinheitliche Regelung für Familienfeiern ausgesprochen. „Das werde ich auf keinen Fall mitmachen“, sagte sie im Deutschlandfunk. Die Infektionslage vor Ort sei ausschlaggebend. „Wenn alle nach bundeseinheitlichen Regeln rufen, dann sollten wir sie da machen, wo es um Bundes-*

39 Vgl. zum Gebrauch der „bekannte[n] Metapher des ‚Flickenteppichs‘“ in Pandemiezeiten und allgemein zur mehrheitlich negativen Einschätzung der föderalen Ordnung zu Beginn der COVID-19-Pandemie Reus: „Die mediale Darstellung des Föderalismus“, S. 384. Vgl. auch Kropp: „Hat sich der bundesdeutsche Föderalismus“, S. 1; Münch: „Wenn dem Bundesstaat die Stunde der Exekutive schlägt“, S. 209; Dausend: „Die große Illusion“, S. 165.

oder internationale Fragen geht“, betonte Schwesig – etwa für Reiserückkehrer aus Risikogebieten oder auch beim Bußgeld für Verstöße gegen die Maskenpflicht. (Korge SPON 27.8.2020)

(MV 21) Nun werden unter anderem die Küstenländer Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die von ihnen angestrebten Öffnungen wohl auf eigene Faust durchsetzen: „Klar ist: Der Urlaub im eigenen Land muss zu Ostern möglich sein“, schrieb die Schweriner Regierungschefin Manuela Schwesig während der Sitzung auf Facebook. Ein Abweichen ist möglich, da die Bund-Länder-Beschlüsse immer nur Leitlinien sind, die die Landesregierungen dann in Verordnungen konkretisieren – und entsprechend der regionalen Infektionslage anpassen. (Steffen ZON 23.3.2021)

Gerade das im bundesweiten Vergleich milde Infektionsgeschehen in Mecklenburg-Vorpommern fungiert in vielen journalistischen Erzählungen als Legitimation dafür, dass im Bundesland eigenständige und abweichende Krisenentscheidungen getroffen werden könnten. Es geht aus diesem Grund als wichtiger Adjuvant des Antisubjekts Mecklenburg-Vorpommern in die von mir entwickelte Aktantenstruktur zu *Narrativ Zwei* ein: „Widerstand gegen einheitliche Regelungen kommt verständlicherweise aus den Ländern, die bisher niedrige Infektionszahlen vorzuweisen haben“ (Schuler ZON 24.8.2020). Darüber hinaus sei ein Abweichen von abgestimmten Maßnahmen aufgrund der föderal organisierten Pandemiopolitik in Deutschland durchaus rechtens; die Entscheidung über Maßnahmen und ihre Umsetzung liege bei den Bundesländern (vgl. MV 21; vgl. auch Kapitel 2.4 u. 4.1.1). Dennoch dient Mecklenburg-Vorpommern Journalist:innen wiederholt auch als Beispiel dafür, dass regional differenzierte Vorgehensweisen negative Konsequenzen haben könnten, verwirrend und frustrierend seien, ungerecht und sogar bedrohlich.

(MV 22) Am Mittwoch noch hatte die Kanzlerin nach ihrer Videokonferenz mit den Ministerpräsidenten die Einheit von Bund und Ländern beschworen, am Donnerstag war es mit der Verbrüderung auch schon wieder vorbei. Die meisten Bundesländer legten die gemeinsam gefassten Beschlüsse zum langsamen Exit sehr individuell aus. So wird man bald in Nordrhein-Westfalen neue Einlegebretter für das Billy-Regal besorgen können, während man in Mecklenburg-Vorpommern wohl den Zoo besuchen darf. Der föderale Flickenteppich legt sich mal wieder schwer übers Land. An sich ist das nicht verwerflich, schließlich hat jedes Bundesland seine Eigenarten und ist von der Epidemie unterschiedlich betroffen. Gefährlich aber ist die Sogwirkung. Schon als es darum ging, erste Kontaktperren oder Ausgangsbeschränkungen durchzusetzen, legte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder vor, die anderen Regierungschefs zogen nach, zu groß war der Sog. Nun könnte es wieder einen Wettlauf geben, einen der Lockerungen. Nur dass die Gefahr diesmal höher ist: Gibt es zu viele Kontakte, steigen die Infektionszahlen. Steigen diese rasant, droht eine neue Welle. Diese wäre fatal. (Knobbe SPON 17.4.2020)

(MV 23) *Während die Infektionszahlen in Deutschland drastisch ansteigen, regt sich Kritik an den uneinheitlichen Corona-Beschränkungen der Bundesländer. Bürger aus Risikogebieten dürfen in manchen Bundesländern nur gegen Vorlage eines negativen Corona-Tests „beherbergt“ werden – je nachdem, woher sie kommen und wohin sie wollen. Wollen zum Beispiel Reisende aus Köln an der Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub machen, dann müssen sie erst mal in Quarantäne, in Hamburg dürfen sie dagegen übernachten. Was gilt wo, wer darf wohin reisen, wie viele Fans dürfen wo ins Fußballstadion? Die Verwirrung ist groß, der Frust auch.* (Hassenkamp SPON 10.10.2020)

(MV 24) *ZDF-Moderator Markus Lanz konfrontiert Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) mit Unstimmigkeiten im Pandemie-Management. Warum beraten Bund und Länder, wenn einzelne Ministerpräsidenten danach ausscheren? Und ab wann gilt man eigentlich als geboostert? Der berühmte Flickenteppich ist zurück [...] „Ich blicke einfach nicht mehr durch“, ruft Markus Lanz aus. Die Bundesländer sind zuletzt unterschiedlich mit der Booster-Impfung umgegangen. In Mecklenburg-Vorpommern galt man erst 14 Tagen nach der Impfung als geboostert, in Baden-Württemberg sofort. Das sorgt offenbar für Verwirrung.* (Landes WON 13.1.2022)

Auch wenn die mediale Föderalismuskritik in Pandemiezeiten nicht ausschließlich Mecklenburg-Vorpommern gilt (vgl. MV 22–24), prägen die wiederkehrenden Erzählungen von unabgestimmten Vorgehensweisen im Bundesland das Bild, das im medialen Krisendiskurs von diesem entsteht: Wiederholt stehe Mecklenburg-Vorpommern anderen Krisenakteur:innen in ihrem Streben nach bundesweiten Absprachen und einem einheitlichen Vorgehen entgegen. Die teilweise kommunizierte Ansicht, dass sich das Bundesland ein solches Abweichen aufgrund niedriger Infektions- und Todesfallzahlen sowie der Gesetzeslage in Deutschland durchaus leisten könne (vgl. MV 19–21), rückt in föderalismuskritischen Argumentationen häufig in den Hintergrund.

Abschließend bleibt anzumerken, dass sich in den untersuchten Texten auch Gegenerzählungen finden, die dieses Bild verschwimmen lassen: Schwesig setze sich, paradoxerweise, „immer wieder“ auch für „ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer in der Pandemiebekämpfung“ ein (MV 17). In den Erzählungen von einem solchen Engagement beziehungsweise von Forderungen der mecklenburg-vorpommerschen Ministerpräsidentin deutet sich eine weitere erzählerische Regelmäßigkeit an, die ich im folgenden Kapitel als *Narrativ Drei* schildere.

5.4 Narrativ Drei: „Seit Tagen ätzt Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin“⁴⁰

In länderübergreifenden pandemiepolitischen Debatten stehe Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Schwesig der Bundesregierung, aber auch anderen Landesregierungen und ihren geplanten oder bereits verfolgten Strategien immer wieder mit Kritik und Forderungen nach alternativen Vorgehensweisen entgegen – zugunsten des eigenen Bundeslandes, aber auch der in anderen Teilen Deutschlands Lebenden.

Die zuletzt angedeutete Forderung Manuela Schwesigs nach bundeslandübergreifendem Zusammenhalt und Einheitlichkeit steht im starken Gegensatz zu den medial thematisierten Alleingängen und Eigeninitiativen in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Narrativ Zwei). Richtet sich die Kritik an einer fehlenden Abstimmung in der Pandemiepolitik in vielen journalistischen Erzählungen nicht zuletzt an Mecklenburg-Vorpommern und seine Ministerpräsidentin, sei es anderen Texten zufolge gerade auch Schwesig selbst, die diese übe. So rufe sie zu Beginn der Ausbreitung von SARS-CoV-2 in Deutschland „ihre Kollegen zu Zusammenhalt auf“, früh habe sie „andere Politiker davor gewarnt, die Coronakrise zur Profilierung zu nutzen. [...] Es gelte nun vielmehr, parteiübergreifend und länderübergreifend zusammenzuhalten“ (Abbott SPON 23.3.2020). Schwesig kritisiere unter anderem, dass trotz der deutschlandweiten Umsetzung einer Maskenpflicht „keine bundesweit einheitliche Regelung getroffen wurde“ (Gökkaya ZON 22.4.2020). Ihre Kritik richte sich zum einen an die Regierungspolitiker:innen der anderen Länder. Insbesondere zwischen Schwesig und dem bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder seien immer wieder „leichte Spannungen“ zu spüren: Wie die mecklenburg-vorpommersche Ministerpräsidentin im ZDF bei Maybrit Illner in Erinnerung rufe, habe sie „schon vor Wochen gesagt, dass gezieltes Testen besser sei als Massentests, aber damals sei Söder halt ‚der Held‘ gewesen“ (Raab SPON 28.8.2020; vgl. auch Abbott SPON 23.3.2020). Zum anderen wird Schwesig medial auch als präsenste Kritikerin der Bundesregierung gezeigt: Sie „vermisste [...] eine nationale Teststrategie“ (Raab SPON 28.8.2020) und prangere die knappe „Verfügbarkeit von Selbsttests“ an (Hendrich WON 5.3.2021), äußere Einwände gegenüber Lockerungsbestrebungen und spreche

40 Markus Becker u. Cornelia Schmergal: „Wer wusste wann vom Lieferengpass?“ In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-streit-zwischen-eu-und-deutschland-wer-wusste-wann-vom-impfstoff-engpass-a-7ae29aaf-d576-48cb-9eac-5967d30a7c4c>, 20.1.2021 [zuletzt eingesehen am 17.3.2023].

sich „stattdessen für strengere Regeln“ aus (Croll y. Exner WON 13.10.2020). So plädiere Schwesig beispielsweise für „einen strengeren Shutdown in Regionen mit hohem Inzidenzwert“ (Korge SPON 23.11.2020) oder eine schärfere Bundesnotbremse (vgl. MV 18; vgl. auch Narrativ Zwei).

(MV 25) *Manuela Schwesig fordert bundeseinheitliche Corona-Vorgaben. Derzeit gelten in den Bundesländern unterschiedliche Regeln im Umgang mit Corona. Mecklenburg-Vorpommern will nun eine gemeinsame Linie – zumindest bei einigen Themen. Vor dem Treffen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidenten der Länder hat Mecklenburg-Vorpommerns Landeschefin bundeseinheitliche Regelungen für die wichtigsten Corona-Maßnahmen gefordert. „Große Themen müssen wir bundeseinheitlich regeln: Abstand, Maskenpflicht, gern auch Geldbußen oder einheitliche Regeln bei Großveranstaltungen“, sagte Manuela Schwesig der Bild-Zeitung. Detailfragen wie etwa die Teilnehmerzahl bei Familienfeiern sollten hingegen „regional entschieden werden“, sagte die SPD-Politikerin. Da die Infektionszahlen unterschiedlich seien, seien auch unterschiedliche Regeln notwendig. [...] Laut Schwesig müsste das Hauptthema der Konferenz am Donnerstag der internationale Reiseverkehr sein. Ein Thema, bei dem Deutschland sich „ein bisschen übernommen hat“, wie sie sagt. Es gebe jetzt vermehrt Reiserückkehrer aus Risikogebieten und dafür gebe es keine bundeseinheitlichen Teststrategien. Diese Fragen müssten Merkel und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn nun gemeinsam mit den Ländern beantworten, „damit das in Zukunft besser läuft“. Dies sei eine nationale Frage. Mecklenburg-Vorpommern halte einen einmaligen Test nach der Rückkehr nicht für ausreichend [...]. (Finkenwirth ZON 26.8.2020)*

(MV 26) *Schwesig kritisiert Bund scharf wegen fehlender Corona-Selbsttests. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat den Bund für fehlende Corona-Selbsttests verantwortlich gemacht und scharf kritisiert. „Ich will an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich sehr verärgert bin darüber, dass der Bund es zulässt, dass zunächst Aldi und Co. Selbsttests verramschen können und wir die Selbsttests erst Mitte März geliefert bekommen“, sagte Schwesig. Mecklenburg-Vorpommern habe bereits vor der Ministerpräsidentenkonferenz zwei Millionen dieser Selbsttests geordert, „weil wir gehnt haben, dass wir uns nicht auf den Bund verlassen könne [sic]“, sagte sie. Das Land hat rund 1,6 Millionen Einwohner. Es könne in der Corona-Pandemie nicht sein, dass der Markt über den Schutz für Kinder und Jugendliche bestimme. Dies hätte der Staat tun müssen, sagte Schwesig. Mit mehr Selbsttests seien Lockerungen in Kitas und Schulen eher möglich. (Venohr SPON 7.3.2021)*

(MV 27) *Die SPD hat sich mit FDP und Grünen darauf verständigt, dass die „Epidemische Lage“ nicht mehr verlängert werden soll. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Schwesig hält das für falsch – und warnt davor, die Pandemie zu unterschätzen. [...] „Corona ist nach wie vor da. Und Corona ist nach wie vor eine Pandemie mit nationaler Tragweite.“ Deshalb hätte sie sich auch gewünscht, dass die jetzige Rechtsgrundlage verlängert werde. [...] Schwesig mahnte: „Es darf jetzt nicht die Botschaft sein, es ist alles nicht so schlimm, sondern wir müssen weiter*

deutlich machen, Corona ist ernst zu nehmen, insbesondere von denjenigen, die sich nicht haben impfen lassen.“ (Kröning WON 31.10.2021)

Die journalistisch aufgegriffenen Kritikpunkte und Forderungen Schwesigs ergeben in der Gesamtschau kein einheitliches Bild: Ihre wiederholt geäußerte Mahnung an Zusammenhalt und Absprachen scheint beispielsweise mit der Argumentation „gegen eine bundeseinheitliche Regelung für Familienfeiern“ schwer vereinbar (MV 20). Teilweise werden beide Positionen in medialen Erzählungen direkt nebeneinandergestellt (vgl. MV 25).

Schwesig übe nicht nur Kritik an Regelungen, die ihrer Auffassung nach zu lasch seien, sondern spreche sich gelegentlich auch für Lockerungen ländereübergreifender Maßnahmen aus (vgl. auch Narrativ Zwei). So vertrete sie in der Diskussion um eine Rückkehr zum Präsenzunterricht an Schulen, die medial intensiv verhandelt wird, einen im Gegensatz zur Bundeskanzlerin permissiven Kurs, was zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Politiker:innen führe: In einer Onlinesitzung zum Unterricht in Pandemiezeiten hätten sie „überaus emotional gestritten“ (Schlieben ZON 20.1.2021; vgl. auch MV 29). Schwesig tritt im journalistischen Erzählen als „wiederkehrender Quälgeist der Kanzlerin“ in Erscheinung (Schlieben ZON 20.1.2021),⁴¹ der ihr, häufig gemeinsam mit anderen Akteur:innen, immer wieder mit der Lockerung von verschiedenen Regelungen „in den Ohren“ liege (Heinen ZON 2.8.2021). Unter den Journalist:innen, die Schwesig als Krisenakteurin zeigen, die für Lockerungen plädiere und bestimmte Maßnahmen kritisiere, tut sich, wie die folgenden Beispiele zeigen, vor allem eine Gruppe von *Spiegel-Online*-Redakteuren um Florian Gathmann hervor.

(MV 28) Söder ist ein Mann der klaren Worte, intern wie öffentlich. Als *Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Kanzlerin und ihre Amtskollegen davon überzeugen will, „körpernahe Dienstleistungen“, so die Formulierung, wieder zuzulassen, also beispielsweise Fußpflege- und Tattoo-Studios*, erwidert Söder Teilnehmern zufolge: Das gehe nicht, weil man das auf der Reeperbahn falsch verstehen könnte. Allgemeine Heiterkeit in der Runde – die Sache ist vom Tisch. (Gathmann u. a. SPON 30.4.2020)

41 Die Bezeichnung des *Quälgeists* gilt im zitierten Artikel dem Berliner Bürgermeister Michael Müller, lässt sich aufgrund des vorangestellten „auch“ aber zugleich als Charakterisierung der zuvor genannten Schwesig verstehen: „Und während der gestrigen Beratungen haben sich CDU-Kanzlerin Angela Merkel und die SPD-Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig überaus emotional gestritten: ‚Ich lasse mir nicht anhängen, dass ich Kinder quäle‘, wird die Kanzlerin zitiert. Auch Berlins Bürgermeister (Müller, SPD) gilt als ein wiederkehrender Quälgeist der Kanzlerin“ (Schlieben ZON 20.1.2021).

5.4 Narrativ Drei: „Seit Tagen ätzt Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin“

(MV 29) Doch deutlich wird an diesem Tag: *Merkel stößt mit ihrem restriktiven Kurs zunehmend auf Widerstand. Mehrere Ministerpräsidenten machen klar, dass sie eine weitere Verschärfung bei den Schulen nicht mittragen wollen.* Die negativen Folgen für Kinder und Familien seien zu schwerwiegend. *Besonders heftig gerät Merkel in der Videoschalte mit Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig aneinander. Die Sozialdemokratin kritisiert, dass in der Diskussion mit zweierlei Maß gemessen werde.* Unter den geschlossenen Schulen litten Kinder und Familien, zugleich schaffe es die Politik nicht, klare Regeln für Homeoffice zu erlassen und Unternehmen zu verpflichten, Mitarbeitern in der Produktion medizinische Masken zur Verfügung zu stellen. *Damit bringt Schwesig die Kanzlerin gegen sich auf. „Ich lasse mir nicht anhängen, dass ich Kinder quäle oder Arbeitnehmerrechte missachte“, sagt Merkel laut Teilnehmern. Sie habe extrem genervt gewirkt, heißt es. Und Schwesig habe ihren Frust abbekommen.* (Gathmann u. a. SPON 19.1.2021)

(MV 30) Aber an diesem Montag reicht es nach drei Stunden dann auch der Kanzlerin, als die Runde über den sogenannten kontaktarmen Urlaub diskutiert. *Mehrere Länderchefs, darunter die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, ihre Kollegin Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern (beide SPD) und Sachsen-Anhalts Regierungschef Haseloff kritisieren, es sei nicht nachvollziehbar, Mallorca-Reisen ohne anschließende Quarantäne zuzulassen – Bürgern die Ferien im eigenen Bundesland aber zu verbieten.* Sie wollen mit einer Protokollerklärung ausscheren. [...] *Zuvor hat es parteiübergreifend großen Unmut bei den Länderchefs über die Entscheidung der Bundesregierung gegeben, die Reisewarnung für Mallorca aufzuheben, weil so Tausende von Urlaubern von der Baleareninsel zurückkehren – ohne getestet zu werden oder in Quarantäne zu müssen.* (Gathmann u. a. SPON 23.3.2021)

Kritische Aussagen Schwesigs häufen sich auch zum Jahresbeginn 2021 im Zuge der Impfkampagne. Vor allem auf *Spiegel Online* und *Welt Online* wird die Ministerpräsidentin regelmäßig als eine der scharfen Kritiker:innen deutscher Impfpolitik gezeigt. Sie verlange von der Bundesregierung, für ein höheres Impftempo zu sorgen und größere Mengen an Impfstoff bereitzustellen. Ein „größeres Engagement“ fordere Schwesig vor allem „von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn“ (Stoll SPON 15.8.2021). Sie störe sich an seinen gewagten Versprechungen gegenüber Impfwilligen oder seiner Rationierung des gefragten Vakzins der Unternehmen *BioNTech* und *Pfizer* angesichts sonst möglicherweise verfallender Dosen des *Moderna*-Impfstoffs. Dabei sei sie nicht die einzige Kritikerin unter den Landespolitiker:innen (vgl. MV 33); in vielen medialen Erzählungen verkörpert sie vielmehr einen grundlegenden Konflikt zwischen Bund und Ländern: „Der Streit über die Impfstrategie zwischen Bund und Ländern schwelt seit dem ersten Piks“ (Becker u. Schmergal SPON 20.1.2021).

(MV 31) *Das Impfen gegen das Coronavirus kommt in Deutschland nur schleppend voran. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD)*

drängt daher auf ein höheres Tempo. „Wir wollen zusichern, dass jeder geimpft werden kann, der will“, sagte Schwesig im ZDF-„Morgenmagazin“. Bisher gäbe es aber „keine verlässlichen Informationen, dass genügend Impfstoff vorhanden ist, damit das zu schaffen ist“. Die Ministerpräsidentin betonte, dass ihr Bundesland wesentlich mehr Impfdosen brauche, um ausreichend Impfungen durchzuführen. Allein in der Landeshauptstadt Schwerin würden 600 Impfdosen täglich benötigt, es stünden aber nur 600 Dosen wöchentlich zur Verfügung. [...] Schwesig äußerte sich verärgert über die Aussage von Jens Spahn (CDU), wonach jeder, der geimpft werden will, auch geimpft würde. „Ich finde es schwierig, wenn der Bundesgesundheitsminister solche Versprechen macht, ohne dass wir wissen, dass genügend Impfstoff da ist“, sagte die SPD-Politikerin. Es nutze nichts, wenn die Versorgung sich erst im zweiten Quartal bessere. (Schröder SPON 14.1.2021)

(MV 32) Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig äußert ihr Unverständnis über die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) geplante Drosselung der Auslieferung des Impfstoffs von Biontech und Pfizer. „Wir müssen jetzt mal alle einen richtigen Schritt vorwärts gehen und das heißt für mich auch Biontech-Impfstoff nicht kontingentieren, sondern es sollte weiter vor Ort eine Freiheit geben, mit Biontech oder Moderna impfen zu können“, sagte die SPD-Politikerin [sic] bei der Ankunft zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin. Zudem plädierte sie für Einschränkungen für ungeimpfte Personen. Man habe lange für das Impfen geworben, sagte Schwesig bei der Ankunft zu den Koalitionsverhandlungen [sic] Berlin. „Diejenigen, die sich nicht und auch nicht die Gesellschaft durch Impfung schützen, müssen dann eben mit starken Einschränkungen leben. Zum Beispiel nicht mehr ins Restaurant gehen, zum Beispiel auch Kontaktbeschränkung.“ (Will u. Heller WON 20.11.2021)

(MV 33) Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) protestierte gegen die angekündigte Begrenzung [des Impfstoffs von BioNTech und Pfizer; N. P.]: Diese sei inakzeptabel. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) machte Spahn in der „Bild am Sonntag“ schwere Vorwürfe: Einen Tag nach der Forderung der Kanzlerin, alle so schnell wie möglich zu boostern, „wirft das Gesundheitsministerium Brocken in das Impfgetriebe“. (Frigelj WON 21.11.2021; vgl. auch Röhlig SPON 21.11.2021)

Als mögliche Begründung für die deutliche Positionierung der SPD-Politikerin Schwesig in der Impfdebatte führen einzelne Journalist:innen die Bundestags- sowie die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an, die im September 2021 anstehen. Doch Schwesigs Kritik richte sich nicht nur an Vorgehensweisen, die von CDU-Politiker:innen vorgebracht werden, sondern betreffe ebenso Entscheidungen, die von der eigenen SPD getroffen und getragen würden (vgl. MV 27).

Ja, ist denn jetzt schon Wahlkampf? [...] Offensiver als noch zum Anfang der Pandemie markieren SPD wie Union ihre eigenen Standpunkte und No-Gos. Wenn sich die Sozialdemokraten frühzeitig von Pannen des Gesundheitsministers distanzieren,

können sie später versuchen, es im Wahlkampf für sich geltend zu machen. (Schlieben ZON 20.1.2021; vgl. auch Gefßner WON 29.3.2021)

Das hier entwickelte Narrativ speist sich weniger aus einer thematischen Stringenz der zusammengebrachten Erzählungen, als vielmehr aus einer narrativen Grundstruktur, die ich als textübergreifend vergleichbar erkenne: In vielen medialen Erzählungen wird Schwesig Regierungspolitiker:innen sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene mit Kritik an bestimmten Regelungen zur Krisenbewältigung, aber auch mit Gegenvorschlägen zu angedachten oder bereits umgesetzten Strategien entgegengestellt. Sie lässt sich, meiner krisenspezifischen Erweiterung der Greimasschen Aktantenstruktur folgend, für diese Erzählungen als opponentisches Antisubjekt fassen, das dem Subjekt (der Bundesregierung und anderen Landesregierungen) beim Durchsetzen seiner Interessen mit alternativen Zielen im Weg steht. Teilweise gehe sie dabei aber auch gemeinsam mit anderen „Länderchefs“ gegen Vorschläge der Bundesregierung vor (MV 30; vgl. auch MV 29 u. 33).

Es ist also vor allem Manuela Schwesig, die sich im Mittelpunkt der entsprechenden medialen Erzählungen verorten lässt. Mecklenburg-Vorpommern kommt als abstrakter Handlungsträgerin im Unterschied zu den zuvor präsentierten *Narrativen Eins* und *Zwei* weniger zentrale Bedeutung zu. Das Bundesland lässt sich eher in der Rolle des Antiadressaten deuten, dem die Handlungen des Antisubjekts zugutekommen (vgl. MV 26 u. 31). Neben dem eigenen Bundesland und seiner Bevölkerung setze sich Schwesig auch für Menschen ein, die an anderen Orten Deutschlands leben, insbesondere für Impfwillige sowie Kinder und Jugendliche (vgl. MV 26, 29, 31 u. 32). Mecklenburg-Vorpommern lässt sich für manche Erzählungen zwar auch in der Position des Antisubjekts interpretieren, wolle „eine gemeinsame Linie“ oder „halte einen einmaligen Test nach der Rückkehr nicht für ausreichend“ (MV 25; vgl. auch MV 26); Momente des Ablehnens und Einforderns sind jedoch zumeist stärker mit Manuela Schwesig verbunden. Nichtsdestotrotz lässt sich auch *Narrativ Drei* in die Reihe der Mecklenburg-Vorpommern-Narrative stellen – steht doch niemand in öffentlichen politischen Debatten so deutlich für ein Bundesland wie die Landesregierung und vor allem die Ministerpräsidentin (oder der Ministerpräsident; vgl. auch *Narrativ Eins*).

Indem Journalist:innen die Forderungen und Kritik Schwesigs direkt oder indirekt wiedergeben, greifen sie auch eine wiederkehrende Erzählung der Ministerpräsidentin selbst auf, für die die Subjektaktanten anders verteilt werden müssen: Regierungspolitiker:innen und Kolleg:innen aus anderen Bundesländern (opponentisches Antisubjekt) hemmten Schwesig (Subjekt) in ihren Bestrebungen, das Coronavirus möglichst schnell einzudämmen,

bremsten beispielsweise das hohe Impftempo im Bundesland (vgl. MV 31). Gerade die Politiker:innen der Bundesregierung nähmen ihre Verantwortung für die Bewältigung der Krise nicht angemessen wahr, handelten nicht im Sinne der Menschen in ihrer politischen Obhut. So versorgten sie beispielsweise „zunächst Aldi und Co.“ mit Selbsttests, bevor diese Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt würden (MV 26). In Schwesigs Erzählungen erfüllen die regierenden Politiker:innen also, so lässt es sich aktantentheoretisch über die Subjektfunktionen hinaus formulieren, ihre Adressantenfunktion nicht auf eine Weise, die den eigentlichen Adressaten zugutekomme.

Eine solche Abgrenzung von anderen politischen Verantwortungsträger:innen wird in vielen der medial angeführten Schwesigzitate durch ihren wiederholten Gebrauch der ersten Person Plural allerdings wieder abgeschwächt. Immer wieder wird medial gezeigt, wie Schwesig ein deutschlandweites, alle Verantwortlichen umfassendes *Wir* konstruiert und nutzt: „Wir müssen jetzt mal alle einen richtigen Schritt vorwärts gehen“ (MV 32; vgl. auch MV 25, 27 u. 31). Der Fokus ihrer Erzählungen richtet sich somit auch über die Grenzen des eigenen Bundeslandes hinaus. In ihnen wird nicht nur ein Gegeneinander von Entscheidungsträger:innen mit unterschiedlichen Ansichten und Strategien erkennbar, sondern auch eine Gemeinschaft der Krisenbewältigung.⁴²

In manchen Artikeln der journalistischen Pandemieberichterstattung werden Schwesigs Erzählungen deutlich kritisch eingeordnet, als *ätzen* oder *klagen* bezeichnet: „Seit Tagen ätzt Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in Interviews“ (Becker u. Schmergal SPON 20.1.2021), sie „klagt ständig über die Regierung, obwohl ihre eigene Partei ein Teil dieser ist“ (Geßner WON 29.3.2021). Leonard Geßner, der als Gastautor auf *Welt Online* durchaus kritisch von einem solchen Klagen Schwesigs schreibt, bewertet das Regierungshandeln in der Coronakrise wenige Zeichen später allerdings selbst als *frustrierend*: „Umso frustrierender ist, dass es vor allem in Deutschland schlecht aussieht und die Regierung versagt. Denn in anderen Ländern, egal ob größer oder kleiner, klappt es deutlich besser“ (ebd.). Das journalistische Erzählen und die intradiegetischen Erzählungen von Schwesig nähern sich einander in solchen narrativen Momenten an.

Das wird auf ähnliche Weise auch in Textauszug MV 31 erkennbar: Der Autor weist eingangs auf die Problematik hin, dass „[d]as Impfen gegen das Coronavirus [...] in Deutschland nur schleppend“ vorankomme. Schwesig dränge „daher auf ein höheres Tempo“ – eine Reaktion, die der Autor über

42 Vgl. zum pandemischen *Wir* („The Pandemic We“) auch Elke Krasny: *Living With an Infected Planet. COVID-19, Feminism, and the Global Frontline of Care*. Bielefeld 2023, S. 31.

das Kausaladverb „daher“ als folgerichtig zeigt. Schwesig ließe sich in seiner Erzählung aktantentheoretisch auch in adjuvanter, also stützender Funktion lesen, weil sie auf Missstände in der Pandemiepolitik des Bundes hinweise, auf deren Verbesserung dränge und Vorschläge in die Diskussion einbringe, wie Politiker:innen auf allen politischen Ebenen dafür sorgen könnten, dass es „vorwärts gehe[]“ (MV 32) und „in Zukunft besser“ laufe (MV 25). Eine solche politische Auseinandersetzung sei, zumindest manchen Journalist:innen zufolge, gerade auch in Krisenzeiten unverzichtbar: „Alle politischen Akteure ringen mit sich, mit Parteifreunden und mit Koalitionspartnern. Anders geht es nicht“ (Schlieben ZON 20.1.2021).

Die Adjuvanantenrolle lässt sich Schwesig darüber hinaus ebenfalls für einige mediale Gegenerzählungen zuordnen, die sie durchaus auch als Unterstützerin der Bundesregierung zeigen. Als Angela Merkel im Januar 2021 angesichts der zügigen Ausbreitung einer SARS-CoV-2-Mutation zum Beispiel anmerke, dass es „derzeit keinen Spielraum für Öffnungen“ gebe, stimme ihr unter anderem die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern zu: Man müsse „über Verschärfungen reden [...], sollte sich die Virus-Mutation aus Großbritannien ausbreiten“ (Schalamon u. Geil ZON 15.1.2021). Auch gut zwei Monate später zeige sich Schwesig der Kanzlerin gegenüber versöhnlich, als Merkel geplante Beschränkungen über die Ostertage selbst als zu strikt bewerte, diese wieder zurücknehmen und sich bei den Menschen im Land entschuldigen wolle: „Mecklenburg-Vorpommerns Länderchefin Manuela Schwesig (SPD) gab sich nun wohlwollend. In der Pandemie sei es ‚erlaubt, über jeden Vorschlag zu reden‘“ (Röhlig u. a. SPON 24.3.2021). Im Herbst desselben Jahres unterstütze Schwesig auch „die Pläne des designierten Bundeskanzlers Olaf Scholz [...] für eine Impfpflicht in Deutschland. ‚Es führt kein Weg mehr an der allgemeinen Impfpflicht vorbei,‘ sagte Schwesig nach einer Kabinettsitzung in Schwerin“ (Rößner u. a. WON 30.11.2021).

Dennoch lässt sich Schwesig den meisten untersuchten Erzählungen zufolge gerade in der Regierungszeit der CDU-Kanzlerin Merkel kaum „zu den größten Unterstützern“ des Regierungskurses zählen (Schlieben ZON 20.1.2021) – im Gegenteil: Als Kritikerin tritt sie in medialen Berichten über bundesweite Entscheidungsprozesse immer wieder aus der Menge der beteiligten politischen Akteur:innen hervor. Die Deutung von Schwesig in adjuvanter Funktion wird in den Texten des Untersuchungskorpus vergleichsweise selten nahegelegt. Ihre Kritik und ihre Forderungen werden meist eher im Sinne einer Störung gemeinsamer Vorhaben gezeigt, was mich auch für das dritte erarbeitete Pandemienarrativ über Mecklenburg-Vorpommern zu einer analytischen Betonung des Opponentischen veranlasst.

5.5 Narrativ Vier: „Das Bundesland mit den niedrigsten Corona-Infektionszahlen“⁴³

Aufgrund der bundesweit niedrigsten Infektionszahlen könne Mecklenburg-Vorpommern – im Gegensatz zu stark betroffenen Bundesländern – schneller zu präpandemischen Routinen zurückkehren. Eine Überwindung des kritischen Zustands erscheine im Bundesland zu vielen Zeitpunkten der COVID-19-Pandemie vergleichsweise nahe.

Schnell gilt Mecklenburg-Vorpommern in der medialen Pandemieberichterstattung als vergleichsweise wenig von SARS-CoV-2 betroffenes Bundesland. Anfang März 2020 seien „nur noch Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und das Saarland nicht betroffen“ (o. V. WON 2.3.2020). Gerade in den ersten Krisenmonaten betonten Journalist:innen Mecklenburg-Vorpommerns herausragende Stellung in Hinblick auf Infektions- und Todesfallzahlen, zeigen es immer wieder als „Bundesland mit den niedrigsten Corona-Infektionszahlen“ (Wahnbaeck SPON 8.5.2020; vgl. hierzu auch MV 4–6 u. 11). Auch im weiteren Pandemieverlauf wird eine gute Infektionslage im Land regelmäßig angeführt: So habe Mecklenburg-Vorpommern gut ein Jahr nach Beginn der pandemischen Lage „im deutschlandweiten Vergleich“ noch immer „eine der niedrigsten Inzidenzen“ (Berres SPON 3.4.2021), sei zu dieser Zeit „das einzige Bundesland mit einer einstelligen Inzidenz“ (o. V. WON 6.6.2021).

Solche journalistischen Einordnungen der Bundesländer nach Infektionszahlen stellen neben Mecklenburg-Vorpommern auch Länder wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen heraus, in denen ein deutlich regeres Infektionsgeschehen zu beobachten sei. Führen Journalist:innen Mecklenburg-Vorpommern als positives Beispiel für auffallend niedrige Zahlen an, so grenzen sie es dabei häufig von ebenjenen Ländern ab. Vor allem Mecklenburg-Vorpommern und Bayern werden einander in vielen frühen Pandemieerzählungen gegenübergestellt: „In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise sind die Zahlen gering, in Bayern hoch“ (Materla ZON 15.4.2020; vgl. auch Köppe SPON 21.4.2020). Der bayrische Ministerpräsident Söder räume selbst „regionale Unterschiede etwa zwischen Bayern und Mecklenburg-Vorpommern ein“ (Schröder SPON 27.8.2020).

43 Carolin Wahnbaeck: „In Mecklenburg-Vorpommern öffnen wieder Restaurants“. In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-virus-in-mecklenburg-vorpommern-oeffnen-wieder-restaurants-a-f8c68234-57d2-42a5-b2d7-9a7b530d9df9>, 8.5.2020 [zuletzt eingesehen am 17.7.2023].

Solche erheblichen Unterschiede in der Krisenbetroffenheit werden zum pandemiebegleitenden Thema, das die mediale Berichterstattung deutlich prägt. Fallzahlen werden meist „regional aufgeschlüsselt“ präsentiert (vgl. Steffen ZON 31.3.2020; vgl. auch MV 34) und sowohl für einzelne Bundesländer als auch Städte, Landkreise und Regionen angegeben – häufig dann, wenn diese in besonderem Maße betroffen seien: „Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hat als erster Kreis in Mecklenburg-Vorpommern die kritische Grenze von 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen überschritten“ (o. V. WON 7.1.2021). Auf *Welt Online* haben Leser:innen zwischen März und Mai 2020 die Möglichkeit, unter der häufig artikelabschließenden Zwischenüberschrift „So verbreitet sich das Coronavirus in Ihrem Bundesland“ die landeseigenen Zahlen über einen Hyperlink abzurufen und ihre Entwicklung zu verfolgen (vgl. z. B. Pfahler WON 1.4.2020). Journalistische Texte werden auch um Karten zur Ausbreitung des Virus ergänzt: „Wie die Situation in Ihrer Region ist, zeigt diese Karte“ (Köppe SPON 6.1.2021; vgl. auch Kapitel 2.7). Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden medial auf diese Weise in ihrem konkreten regionalen (häufig ungleichen) Ausmaß verhandelt.

Dabei nehmen journalistische Erzähler:innen eine stetige Einteilung der Bundesländer in stärker und weniger stark bis hin zu kaum durch die Krise betroffene Länder vor, die sich im Laufe der Pandemie immer wieder verschiebt: „Betrachte man eine Landkarte“, so wird der Epidemiologe Michael Osterholm auf *Zeit Online* indirekt zitiert, „sehe man immer wieder einzelne Regionen in Flammen aufgehen – aber dann zieht das Feuer weiter“ (Simmank ZON 2.4.2020). So veranschaulichen die folgenden Artikelauszüge eine Entwicklung in der erzählerischen Einordnung des Saarlandes zwischen Frühjahr 2020 und Jahresbeginn 2021: von einem der am stärksten zu einem der vergleichsweise wenig betroffenen Bundesländer (vgl. MV 34 u. 36). Mecklenburg-Vorpommern hingegen verbleibe zumindest für gewisse Zeit „unverändert“ (MV 34) in seiner guten Position. Dabei werden die auffallend niedrigen Zahlen journalistisch nicht immer in umfassendere Erzählstrukturen eingebunden; ihre Vermittlung gleicht häufig vielmehr einer wenig narrativ angelegten Bestandsaufnahme (vgl. MV 34 u. 36).

(MV 34) *Die Bundesländer sind sehr unterschiedlich betroffen. Die meisten Corona-Infektionen gab es bislang in Bayern: 317 Menschen pro 100.000 Einwohner haben sich dort infiziert. Darauf folgen Baden-Württemberg und das Saarland mit 282 und 253 Fällen auf 100.000 Einwohner. Die wenigsten Fälle gibt es unverändert in Mecklenburg-Vorpommern mit 42 pro 100.000 Einwohnern. Die detaillierte regionale Verteilung der Corona-Fälle zeigt die Karte unten.* (Kieselbach SPON 28.4.2020)

(MV 35) Das Coronavirus greift nicht nur die Gesundheit der Infizierten an. Es strapaziert auch zusehends die Nerven der verantwortlichen Politiker und die föderalen Beziehungen der 16 Bundesländer untereinander. Gerade mal gut drei Monate ist es her, dass sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder darauf geeinigt haben, die Bekämpfung des Coronavirus im Wesentlichen in die Hände der Bundesländer zu legen. *Damit wollte man zum einen dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Covid-19 in Ländern wie dem dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern deutlich schwerer tat als in den dicht besiedelten Regionen des Ruhrgebiets. Auch waren zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg im Süden der Republik wesentlich stärker betroffen als Sachsen oder Schleswig-Holstein im Norden und Osten.* Die Regionalisierung der Pandemie-Bekämpfung war also auch eine Flexibilisierung. (Exner WON 25.8.2020)

(MV 36) Hoch sind erneut die Todeszahlen in den Ländern: Nordrhein-Westfalen meldet mit 132 Todesfällen die meisten Verstorbenen. In Bayern waren es 123, in Baden-Württemberg 109, in Hessen 68, in Rheinland-Pfalz 58, in Thüringen 56, in Sachsen 44, in Schleswig-Holstein 33. *In Brandenburg gab es 30 Tote, in Sachsen-Anhalt 19, im Saarland zwölf und in Mecklenburg-Vorpommern starben elf Menschen in Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung.* (Jungehülsing ZON 5.1.2021)

Hin und wieder aber werden die Fallzahlen auch in weitere Erzählkontexte gestellt, beispielsweise dann, wenn ein Grund für die vergleichsweise gute Situation in Mecklenburg-Vorpommern angeführt wird (vgl. MV 35). Erklärungen, die das geringe Infektionsgeschehen auf geografische oder demografische Gegebenheiten wie die vergleichsweise dünne Besiedlung des Bundeslandes zurückführen, sind jedoch selten. Der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Karl-Josef Laumann weist in seiner Argumentation für regional differenzierte Vorgehensweisen zum Beispiel darauf hin, dass es in Mecklenburg-Vorpommern „Ecken“ gebe, in denen es „schwer“ sei, „jemanden zu treffen. Und dann kann man sich natürlich nicht infizieren“ (Frank SPON 21.8.2020).

Vereinzelt liegen Erklärungsansätze auch in der Einordnung von Mecklenburg-Vorpommern als ostdeutsches beziehungsweise neues Bundesland. Gerade zu Pandemiebeginn gebe es in den ostdeutschen Bundesländern „weniger Covid-19-Fälle [...] als im restlichen Teil Deutschlands“ (Klapsa WON 23.4.2020) und auch in späteren Krisenphasen seien diese „wieder geschlossen am Ende des Inzidenz-Rankings zu finden“ (Gersemann WON 9.7.2022). Für Reiner Haseloff, damaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, spiegelten diese niedrigen Zahlen auch

das Individualverhalten wider. Skiurlaub in Österreich oder Südtirol ist bei Ostdeutschen nicht so verbreitet. Das liegt auch an den geringeren finanziellen Möglichkeiten. [...] Der ländliche Raum, der im Osten viele Probleme hat, ist hier mal im Vorteil. (Malzahn WON 31.3.2020)

Auch könnten viele Ostdeutsche „in der Corona-Krise aus ihrer DDR-Erfahrung schöpfen. Dazu gehöre eine hohe Disziplin“ (ebd.; vgl. auch Hensel ZON 26.4.2020).⁴⁴ Die mecklenburg-vorpommersche Ministerpräsidentin bringt die niedrigen Infektionszahlen in ihrem Bundesland hingegen vor allem mit einem strikten Vorgehen in Verbindung. Schwesig sei sich „sicher, dass unsere strengen Regeln ganz entscheidend dazu beigetragen haben“, die Zahl der Neuinfektionen zu senken (Menkens WON 21.4.2020); mit diesen sei Mecklenburg-Vorpommern „von Anfang an gut gefahren“ (Ziegler SPON 13.10.2020; vgl. auch MV 4 u. 5).

Weit häufiger werden journalistisch aber nicht die möglichen Ursachen, sondern vor allem denkbare Konsequenzen von niedrigen Infektionszahlen aufgegriffen. Durch das vergleichsweise milde Infektionsgeschehen in Mecklenburg-Vorpommern erscheine eine Aufhebung bestimmter Beschränkungen und die zumindest teilweise Rückkehr zu präpandemischen Routinen durchaus möglich: „Mecklenburg-Vorpommern streicht aufgrund sehr niedriger Corona-Infektionszahlen zahlreiche Beschränkungen. [...] Die Sieben-Tage-Inzidenz in MV liegt seit Tagen unter zehn. Es ist die niedrigste bundesweit“ (Reich WON 8.6.2021; vgl. auch MV 11 u. 19–21).

(MV 37) *Tatsächlich entwickelt sich das Infektionsgeschehen im Land [Mecklenburg-Vorpommern; N. P.] ausgesprochen positiv, bei einer ohnehin niedrigen Zahl von Krankheitsfällen steckt jeder Infizierte hier inzwischen nur noch 0,6 weitere Menschen an, das ist bundesweit spitze [sic]. Auch deshalb hatte Schwesigs Regierung vergangene Woche Lockerungen in Aussicht gestellt, die über die Regelungen anderer Bundesländer hinausgehen.* So sind die Außenbereiche von Zoos, Tier- und Vogelparks inzwischen wieder geöffnet; auch Sportplätze und Anlagen für Einzel- und Paarsport dürfen wieder genutzt werden. Und sogar Demonstrationen und Versammlungen mit bis zu 50 Teilnehmern sind wieder erlaubt. Die Abschlussklassen der Oberschulen starten bereits am kommenden Montag. (Menkens WON 21.4.2020)

(MV 38) *Das Bundesland mit den niedrigsten Corona-Infektionszahlen darf die Gaststätten an diesem Wochenende wieder öffnen.* Allerdings wird wohl nur ein Drittel der Restaurants die Gelegenheit nutzen. [...] *Corona-Premiere in Mecklenburg-Vorpommern: Als erstes Bundesland dürfen Gastronomen in dem nordöstlichen Bundesland von Samstag an wieder Gäste empfangen.* Ein Drittel von ihnen werde die Gelegenheit am Wochenende nutzen, schätzt Lars Schwarz, Präsident des regionalen Branchenverbands Dehoga MV. „Es ist richtig, dass wir als Tourismusland die Ersten sind, die wieder aufmachen“, sagte Schwarz auch mit Blick auf die bundesweit niedrigsten Corona-Infektionszahlen im Nordosten. (Wahnbaeck SPON 8.5.2020)

44 Vgl. zu solchen Ostdeutschländierzählungen der Pandemie auch meinen Aufsatz „Von ostdeutscher Krisenkompetenz und Coronawut. Ein Rückblick auf mediale ‚Ost‘-Entwürfe der COVID-19-Pandemie“. In: *INDES* 2–3 (2025), S. 168–178.

(MV 39) *In Rostock findet am Wochenende zum ersten Mal seit November wieder ein Fußballspiel vor Zuschauerinnen statt. Weil die Inzidenzzahl sehr niedrig ist, gestatten die Behörden dem FC Hansa, gegen den Halleschen FC die magische Anzahl von 777 Fans reinzulassen, wenn sie einen negativen Schnelltest vorlegen.* Nun sagen die einen: In Mecklenburg-Vorpommern ist alles geschlossen, Gastronomie, Ferienwohnungen, Hotels, nur das Ostseestadion nicht. Die anderen entgegnen: Gut, dass der Fußball einen pragmatischen Umgang mit dem Virus findet. (Fritsch ZON 19.3.2021)

Dieser narrativ wiederholte hergestellte Zusammenhang zwischen niedrigen Zahlen und Lockerungen von Pandemiemaßnahmen lässt sich – genauso wie die teilweise wenig erzählend anmutenden Bundeslandvergleiche nach Entwicklungen im Infektionsgeschehen – in Form der folgenden Aktantenstruktur analytisch fassen: Ich deute die angeführten Bundesländer mit niedrigen Ansteckungs- und Todesfallzahlen, allen voran Mecklenburg-Vorpommern, als Subjekt, für das es aufgrund der guten Infektionslage vergleichsweise wahrscheinlich erscheint, das angestrebte Objekt zu erreichen; also den kritischen Zustand, der sich auch in strikten Maßnahmen und Beschränkungen ausdrückt, zu überwinden. Die niedrigen Zahlen fungieren in diesem Modell als stützender Adjuvant, der es erlaubt, Regelungen zur Viruseindämmung vergleichsweise schnell (beziehungsweise überhaupt) wieder aufzuheben. Entsprechend erscheint es für Bundesländer oder Regionen mit hohen Werten, die sich als weiterer Subjektaktant deuten lassen, aufgrund ebendieser hohen Inzidenzzahlen erheblich herausfordernder, an das geteilte Ziel zu gelangen. Im Unterschied zu den Aktantenmodellen der *Narrative Eins* bis *Drei* kommt in diesem keine konkrete (adjuvante oder opponentische) Relation zwischen beiden Subjekten beziehungsweise Subjektgruppen zum Ausdruck.

(MV 40) *Gerade einmal 19 bestätigte Sars-CoV-2-Fälle hatte der Landkreis Uckermark am 1.4.2020, und damit nur 1,6 Fälle pro 10.000 Einwohner. Im benachbarten Berlin waren es – auf die Einwohnerzahl gerechnet – fünfmal so viele Fälle, in Hamburg achtmal und im Landkreis Heinsberg 32-mal. Eine Verdopplungszeit von sieben Tagen, wie Deutschland sie diese Woche erreicht, hatte das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern groben Schätzungen zufolge seit Beginn der Epidemie. Die einfache Frage, die sich daraus ergibt, ist: Brauchen Regionen wie die Uckermark einen Lockdown, nur weil sich in München oder Hamburg täglich Tausende infizieren?* Wahrscheinlich nicht. Wenn man die Sars-Cov-2-Pandemie abschwächen oder halbwegs unter Kontrolle halten will, könnte es eine gute Idee sein, nicht das ganze Land auf Dauer in den Stillstand zu zwingen, sondern gezielter zu reagieren: zu verschiedenen Zeiten in einzelnen Regionen, etwa Landkreisen oder Bundesländern, das soziale Leben zu bremsen. (Simmank ZON 2.4.2020)

(MV 41) Obwohl also Bund und Länder bei ihrer mit großer Spannung erwarteten Videokonferenz weitgehende Einigkeit in grundsätzlichen Fragen erzielten, wird

5.5 Narrativ Vier: „Das Bundesland mit den niedrigsten Corona-Infektionszahlen“

es wohl weiterhin einzelne, voneinander abweichende Regelungen geben. [...] *Das widerspricht nicht dem Geist des Bund-Länder-Beschlusses; es ist auch nicht allein dem Föderalismus geschuldet, sondern resultiert aus der unterschiedlichen Belastung der Länder durch die Virus-Ausbreitung.* In der Beschlussvorlage des Bundes, an der die Staatskanzleien der Länder beteiligt waren und mit der Kanzlerin Merkel in die Verhandlung ging, wird darauf explizit eingegangen. *„Wenn die deutschlandweit erzielten Erfolge in der Verlangsamung des Infektionsgeschehens nicht gefährdet werden sollen, muss auf eine regionale Dynamik mit hohen Neuinfektionszahlen und schnellem Anstieg der Infektionsrate sofort reagiert werden. Dazu gehört auch, dass die derzeitigen, umfassenden Beschränkungen dort aufrechterhalten bzw. nach zwischenzeitlichen Lockerungen dort sofort wieder konsequent eingeführt werden.“* In einigen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns ist die Belastung durch das Coronavirus bisher minimal, während sie in manchen Teilen Bayerns noch immer sehr hoch ist. (Vitzthum WON 15.4.2020)

(MV 42) *Fraglich bleibt nun, wie lange der Shutdown durchgehalten werden sollte.* Im Beschluss [Bund-Länder-Beschluss über verschärfte Beschränkungen vom Januar 2021; N. P.] ist die Zielmarke von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen angepeilt. Bleibt es bei der aktuellen Entwicklung, wird der Wert aber erst um den 10. Februar erreicht werden, zeigen Berechnungen von Lehrs Forschungsteam [Thorsten Lehr, Inhaber des Lehrstuhls für Klinische Pharmazie an der Universität des Saarlandes; N. P.]. Lässt sich der R-Wert [Reproduktionszahl, Zahl der von einer infizierten Person in sieben Tagen durchschnittlich Angesteckten; N. P.] dagegen wie im Frühjahr erneut auf 0,6 drücken, wäre die Marke schon etwa bis zum 26. Januar erreichbar. [...] *Laut Lehrs Berechnungen könnte Deutschland eine Inzidenz von 25 Neuinfektionen schon bis zum 7. Februar erreichen, wenn der R-Faktor auf 0,6 sinkt. Länder mit niedrigen Infektionszahlen wie Mecklenburg-Vorpommern könnten die Marke schon Mitte Januar knacken. Besonders stark betroffene Regionen wie Sachsen bräuchten dagegen bis zu vier Wochen länger, um auf vergleichbare Werte zu kommen.* (Köppe SPON 6.1.2021)

Dabei zeigt sich die Einordnung von Bundesländern nach Infektionsgeschehen in der medialen Berichterstattung als überaus dynamisch und auch für Mecklenburg-Vorpommern führen Journalist:innen zwischenzeitlich Anstiege von Infektions- und Todesfallzahlen an. Im Januar 2021 sei „[a]uch Mecklenburg-Vorpommern [...] längst kein Land der Corona-Seligen mehr, wenn auch die Sieben-Tage-Inzidenz noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt“ (Lehmann SPON 1.1.2021). Im November desselben Jahres verzeichne Mecklenburg-Vorpommern „neue Höchstwerte“ (Sokola ZON 16.11.2021) und zähle neben Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu den „hoch kritische[n] Bundesländer[n]“ (Thaler u. Endt ZON 29.11.2021). Auch im Sommer 2022 falle Mecklenburg-Vorpommern im deutschlandweiten Vergleich mit verhältnismäßig hohen Zahlen auf: „Im Saarland sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hessen ist die Inzidenz mehr

als dreimal so hoch wie in Thüringen“ (Gersemann WON 8.7.2022). Doch im untersuchten Textkorpus überwiegen journalistische Pandemieerzählungen von Mecklenburg-Vorpommern als Bundesland mit einem vergleichsweise milden Infektionsgeschehen deutlich. Gerade die häufige Charakterisierung des Landes über superlativische Formulierungen wie „die niedrigste Infektionsrate“ (Malzahn WON 31.3.2020), „die wenigsten Corona-Erkrankungen“ (Schuler ZON 24.8.2020) oder „den niedrigsten Wert aller Bundesländer“ (Hendrich WON 4.6.2021) bringt dem Bundesland in den medialen Betroffenheitsvergleichen über lange Zeit hinweg einen „[f]ührend[en]“ und prominenten Platz ein (MV 4; vgl. auch MV 5, 6, 11, 19, 34, 37, u. 38).

5.6 Narrativ Fünf: „Überraschende Lockerungsübungen an Nord- und Ostsee“⁴⁵

Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise Politiker:innen der Landesregierung beschließen vergleichsweise früh und deutlich, bestimmte Beschränkungen zur Viruseindämmung wieder aufzuheben, gerade in den Bereichen von Tourismus und Bildung. Solche Lockerungen von Pandemieregulungen zugunsten der Bürger:innen und Tourismusbranche des Landes sowie auswärtiger Reisewilliger seien aufgrund der sehr niedrigen Infektionszahlen in Mecklenburg-Vorpommern und über begleitende Hygienemaßnahmen möglich und erschienen gerade auch angesichts vergleichbarer Vorgehensweisen in anderen Bundesländern angemessen.

Lockerungen bei hohen Infektionszahlen oder vermehrten Virusausbrüchen sowie ungenügenden Schutzvorkehrungen seien hingegen kaum tragbar und wirkten sich negativ auf bestimmte Personengruppen aus. Auch mache die scharfe Kritik von anderen Krisenakteur:innen Öffnungen teilweise unmöglich.

Durch den bereits für Narrativ Vier aufgezeigten kausalen Zusammenhang zwischen niedrigen Infektionszahlen und Lockerungen von Pandemiemaßnahmen, der im journalistischen Erzählen häufig hergestellt wird, erscheint Mecklenburg-Vorpommern in der Krisenberichterstattung nicht nur als Beispiel für geringe Betroffenheit, sondern auch als eines der Bundesländer, die Regelungen vergleichsweise früh wieder aufheben könnten. Zu den Bewertungen von Mecklenburg-Vorpommern als vor allem in touristischen Belangen

45 Ulrich Exner, Kristian Frigelj u. Thomas Vitzthum: „Warum die Chancen für Strandurlaub in Deutschland steigen“. In: *Welt Online*. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus207328545/Sommerferien-2020-Warum-die-Chancen-fuer-Strandurlaub-in-Deutschland-steigen.html>, 17.4.2020 [zuletzt eingesehen am 17.3.2023].

besonders strikte Krisenakteurin (vgl. Narrativ Eins u. Zwei) lassen sich in meinem Untersuchungskorpus auch einflussreiche Gegenerzählungen finden. Viele Journalist:innen weisen auf vergleichsweise lockere Vorgehensweisen im Bundesland und schnelle Öffnungen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens hin – nicht zuletzt im Tourismus, der zunächst als streng reglementiert eingeordnet wird (vgl. MV 21, 37 u. 39). Auf Grundlage vergleichbarer Lockerungserzählungen, die im Verlauf der medialen Berichterstattung zur COVID-19-Pandemie zunehmen, habe ich ein Öffnungsnarrativ entwickelt, das ich hier als *Narrativ Fünf* bezeichne. Mecklenburg-Vorpommern wird nicht nur aufgrund außergewöhnlich scharfer Bestimmungen, sondern auch wegen auffallend permissiver Vorgehensweisen immer wieder zum Gegenstand der journalistischen Pandemieerzählungen in Deutschland. Von den im Folgenden betrachteten Lockerungserzählungen grenze ich dabei jene ab, die Öffnungen verhandeln, die unmittelbar auf politischen Druck hin beschlossen oder sogar gerichtlich verfügt würden (vgl. MV 9 u. 12). Letztere spielen an dieser Stelle keine Rolle. Hier berücksichtige ich Erzählungen von Mecklenburg-Vorpommern, denen zufolge sich das Bundesland (scheinbar) weitgehend selbstbestimmt und oftmals früher als andere Länder von strengen Bestimmungen löse, sich also aktantentheoretisch betrachtet als Subjekt interpretieren lässt, das selbst nach Öffnungen strebt.

Dass Lockerungspläne in Mecklenburg-Vorpommern verhältnismäßig früh verhandelt und beschlossen würden und häufig über jene „anderer Bundesländer hinausgehen“ (MV 37), bringt dem Bundesland besonderes mediales Interesse ein. Im April und Mai 2020 zähle Mecklenburg-Vorpommern zu den ersten Bundesländern, die sich „schon Gedanken über einen Lockerungsfahrplan gemacht“ hätten (Blinda SPON 29.4.2020), der vor allem das Gastgewerbe betreffe. Solche frühen Überlegungen wirkten sich auch auf die Pandemiepolitik anderer Bundesländer aus: „Nach Mecklenburg-Vorpommern plant nun auch Schleswig-Holstein eine Öffnung für Touristen. Andere Länder sind unter Zugzwang“ (o. V. WON 5.5.2020); dort aber müsse „die Branche noch etwas Geduld haben“ (Skowronek ZON 25.5.2020), sei die „Corona-Premiere“ der Maßnahmenlockerungen (MV 38) in Mecklenburg-Vorpommern doch vor allem aufgrund außergewöhnlich niedriger Infektionszahlen möglich. Die auffallend geringen Infektionswerte im Bundesland lassen sich aus aktantentheoretischer Perspektive als entscheidender Adjuvant deuten (vgl. auch Narrativ Vier).

Das medial entworfene Bild vom lockerungswilligen Bundesland wird auch im Laufe der folgenden Pandemiejahre weiter gefestigt: im Zusammenhang sowohl mit der „von Mecklenburg-Vorpommern angestoßene[n] Debatte“ um

eine teilweise Aufhebung der Maskenpflicht im Sommer 2020 (Möche WÖN 11.7.2020; vgl. auch MV 44) als auch mit Schwesigs Einsatz „für ‚kontaktlosen Urlaub‘ in der Heimat“ im März des darauffolgenden Jahres (Röhlig SPÖN 19.3.2021; vgl. auch Narrative Zwei u. Drei). Ungefähr zeitgleich dürfte der F.C. Hansa Rostock als erster deutscher Fußballclub aufgrund niedriger Inzidenzzahlen in der Hansestadt wieder ein Spiel vor Zuschauer:innen stattfinden lassen: „Nach fast fünf Monaten mit Geisterspielen in Deutschland dürfen erstmals wieder Fußballfans ins Stadion“ (Reich WÖN 18.3.2021; vgl. auch MV 39).

(MV 43) *Der Norden prescht voran: In Mecklenburg-Vorpommern sollen bereits am kommenden Wochenende Lockerungen für die Gastronomie gelten, Reisen sollen ebenfalls bald möglich sein. Auch in Hamburg soll es nun schnell gehen. Mecklenburg-Vorpommern will angesichts geringer Corona-Neuinfektionen schon in der Woche vor Pfingsten auch Auswärtigen wieder Urlaub an der Ostsee erlauben. [...] Wie Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) nach den Beratungen mitteilte, sollen dem Plan zufolge zunächst die Gaststätten im Land vom Samstag (9. Mai) an unter strikten Hygieneauflagen für Einheimische öffnen dürfen, am 18. Mai auch Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen. Zum 25. Mai soll dann das seit Mitte März geltende Einreiseverbot für Touristen aus anderen Bundesländern aufgehoben werden. Laut Schwesig lag die Zahl der täglichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus in Mecklenburg-Vorpommern in den beiden vergangenen Wochen bei durchschnittlich vier Fällen. Insgesamt wurden seit Anfang März 702 Infektionen registriert. Deshalb sei eine vorsichtige Öffnung der Gastronomie und des Tourismus vertretbar.* Wirtschaftsminister Harry Glawe sagte, das Land wolle auch ein „Signal in Richtung Bundesrepublik“ senden. In Mecklenburg-Vorpommern hängen etwa 130.000 Arbeitsplätze vom Tourismus ab. Zuvor hatte bereits Niedersachsen angekündigt, ab dem kommenden Montag die Gastronomie wieder zu öffnen. [...] Auch Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher will über Lockerungen der Corona-Einschränkungen der Gastronomie sprechen. (Fuchs SPÖN 4.5.2020)

(MV 44) *Mecklenburg-Vorpommern will Maskenpflicht im Einzelhandel abschaffen. Im Nordosten sind die Infektionszahlen gering und der Landeswirtschaftsminister will daraus die Konsequenzen ziehen. Auch andere Bundesländer erwägen eine Aufhebung.* (o. V. ZÖN 5.7.2020)

(MV 45) *Maskenpflicht in der Schule fällt, Treffen mit bis zu 30 Personen möglich. Bundesweit hat Mecklenburg-Vorpommern mit 8,7 die niedrigste Inzidenz. Das bekommen die Bürger des Bundeslandes nun immer mehr zu spüren. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) teilte eine Reihe von Öffnungsschritten mit. Mecklenburg-Vorpommern streicht aufgrund sehr niedriger Corona-Infektionszahlen zahlreiche Beschränkungen. Private Treffen sind künftig wieder mit 30 Personen erlaubt, wie Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Dienstag nach einer Kabinettsitzung in Schwerin sagte. Bisher durften sich maximal zehn Personen treffen. Familienfeiern in der Gaststätte sind mit bis zu 100 Gästen möglich, wobei auch wieder getanzt werden darf. Kinder, Geimpfte und Genesene werden nicht*

mitgezählt. *Die Sieben-Tage-Inzidenz in MV liegt seit Tagen unter zehn. Es ist die niedrigste bundesweit.* (Reich WON 8.6.2021)

Neben geringen Neuinfektionen werden in journalistischen Öffnungserzählungen auch bestimmte Sicherheitsmaßnahmen thematisiert, die im Zuge von Lockerungen eingesetzt beziehungsweise beibehalten würden; darunter die „strikten Hygieneauflagen“ aus Textauszug MV 43, die sich als weiterer Adjuvant zu Mecklenburg-Vorpommerns Öffnungsbestrebungen interpretieren lassen. Lockerungspläne werden medial vor allem dann als realisierbar beziehungsweise legitim gezeigt, wenn sie solche Schutzvorkehrungen umfassten. Viele Lockerungserzählungen von Mecklenburg-Vorpommern handeln von schrittweisen, abgesicherten Öffnungen: Im April 2020 knüpfte Schwesig „eine Lockerung der Maßnahmen an eine generelle Maskenpflicht“ (Reich WON 12.4.2020), für den kurze Zeit später zumindest teilweise wieder aufgenommenen „Urlaubsbetrieb gelten teils strenge Auflagen“ (Preker SPON 18.5.2020) und Fußballfans dürften im März 2021 nur dann ins Rostocker Ostseestadion, „wenn sie einen negativen Schnelltest vorlegen“ (Fritsch ZON 19.3.2021). Und auf die unter MV 45 zitierte Artikelpassage von *Welt Online* folgt später im Text die einschränkende Bemerkung: „Alles ist noch nicht erlaubt“ (Reich WON 8.6.2021).

Der argumentativen Logik, nach der Regellockerungen insbesondere bei schwachem Infektionsgeschehen und gleichzeitiger Absicherung durch Hygieneregeln angemessen seien, folgen auch jene Diskursakteur:innen, die die in Mecklenburg-Vorpommern früh vorgenommenen Beschränkungsaufhebungen kritisieren. Seien beide Faktoren, die ich für die betrachteten Erzählungen als Adjuvanten der Lockerungsvorhaben deute, zu einem bestimmten Zeitpunkt (noch) nicht sicher gegeben, seien auch Öffnungen kaum vertretbar. So wird der damalige mecklenburg-vorpommersche Finanzminister Reinhard Meyer zu Pfingsten 2020 im *Welt*-Interview gefragt, ob er „keine Sorge“ habe, dass eine Öffnung des Tourismus zu diesem Zeitpunkt „übereilt sein könnte – und am Ende muss doch wieder alles dicht gemacht werden?“ (Exner WON 7.5.2020) Das wenig überschaubare Virusgeschehen, noch ungenügend ausgearbeitete Hygienemaßnahmen und nachweislich steigende Infektionswerte werden in der medialen Berichterstattung als Hindernisse für Öffnungspläne angeführt. Ich ordne sie im entwickelten Aktantenmodell aus diesem Grund als Opponenten der unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern verfolgten Vorhaben ein.

Skepsis gegenüber der in einigen Bereichen vergleichsweise permissiven Pandemiestrategie Mecklenburg-Vorpommerns (vgl. MV 17, 19 u. 22) klingt vor allem in journalistischen Erzählungen über Schulöffnungen an. Diese sind

im Untersuchungskorpus (neben Erzählungen zu Lockerungsentscheidungen im Tourismus) besonders häufig vertreten. Bereits im April 2020 werde in Mecklenburg-Vorpommern geplant, Schulen wieder zu öffnen: „Früher als in anderen Ländern soll in Mecklenburg-Vorpommern, beginnend mit den oberen Klassenstufen 10, 11 und 12, schon am 27. April der Unterricht wieder aufgenommen werden“ (Pieper u. Wunderlich WON 16.4.2020; vgl. auch Engel SPON 2.8.2020). Während abgeschwächte Einreiseregungen in Mecklenburg-Vorpommern Vielen zugutekämen – den Bürger:innen des Bundeslandes (vgl. MV 45), den in der Tourismusbranche Beschäftigten (vgl. MV 43), aber „auch Auswärtigen“ (ebd.) – ginge die frühe, wenig abgesicherte Rückkehr zum Präsenzunterricht zulasten der Schüler:innen im Bundesland. Für die Einschätzung von Lockerungsbestrebungen scheint sowohl für Journalist:innen als auch für andere Diskursakteur:innen ausschlaggebend zu sein, inwieweit Personen von diesen profitierten. Die geäußerte Kritik an ausgesetzten Maßnahmen speist sich häufig aus der Beobachtung, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen, zum Beispiel Schüler:innen, unter diesen litten. Dementsprechend ist ein Blick auf jene Akteur:innen in medialen Öffnungserzählungen aufschlussreich, die sich im Sinne des Adressatenaktanten interpretieren lassen; also als Akteur:innen, für die die jeweiligen Öffnungen entweder positive oder aber negative Auswirkungen hätten.

Dabei seien die Folgen von Schulöffnungen zunächst unklar: Der früh wieder aufgenommene Präsenzunterricht erscheine Vielen als „große[s] Corona-Experiment im Klassenzimmer“, dessen Ausgang noch nicht absehbar sei (Exner u. Frigelj WON 16.4.2020; vgl. auch Lübke ZON 10.8.2020 u. MV 46). Die Hygienemaßnahmen, wie sie unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern für den Unterricht eingesetzt würden, reichen für einige Beobachter:innen „mit Sicherheit nicht aus, um den Wegfall der Abstandsregel in Klassenzimmern zu kompensieren“ (Geil ZON 10.8.2020); so wird Heinz-Peter Meidinger, der damalige Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, in *Zeit Online* zitiert. Seiner Einschätzung nach werde ein „Schulstart mit vollen Klassen [...] nur in dem Fall kein riskantes Experiment [...], wenn wir bereit sind, statt der Abstandsregelung andere effektive Hygieneschutzmaßnahmen an Schulen umzusetzen“ (ebd.). Im Anschluss an solche warnenden, lockerkritischen Stimmen des Pandemiediskurses und angesichts der wenige Tage nach Schulbeginn in Mecklenburg-Vorpommern vermehrt auftretenden Virusausbrüche beleuchten auch Journalist:innen selbst Öffnungen im schulischen Bereich überwiegend kritisch (vgl. MV 46–48). Und auch Lehrer:innen und Schüler:innen in Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein

„bemängeln“ die im zweiten Pandemiejahr getroffenen „Vorkehrungen“ für den Präsenzunterricht (Roth ZON 2.8.2021).

(MV 46) *MeckPom startet als erstes Bundesland zurück in den schulischen Regelbetrieb. [...] Mit dem Start ins Schuljahr 20/21 sind die Fragen und Sorgen vom Ende des Schuljahrs 19/20 wieder da. Seit Tagen wird immer häufiger und immer dringlicher vor einer zweiten Welle der Corona-Pandemie gewarnt, manche sehen das Land bereits mittendrin. Weltweit steigen die Infektionszahlen. Niemand kann versprechen, dass es nicht wieder zum Lockdown kommt. Die Rückkehr zum Regelunterricht wird von vielen als Experiment gesehen. Wenn an diesem Morgen die ersten 150.000 Schülerinnen und 13.000 Lehrerinnen in Deutschland wieder in die Schulen zurückkehren – Schülerinnen, die im Urlaub vielleicht auf Mallorca waren, in der Türkei oder in Ägypten, schaut das ganze Land zu. Bringen sie das Virus mit?* (Luig ZON 3.8.2020)

(MV 47) Es ist der Worst Case, der eigentlich nicht eintreten sollte: *Am Freitag schloss der Landkreis Rostock in Mecklenburg-Vorpommern eine Grundschule – nur fünf Tage nach Beginn des neuen Schuljahres. Ein Schüler hat sich mit dem Coronavirus infiziert. Um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, stellte der Kreis alle 105 Schüler, die acht Lehrerinnen, eine Referendarin und einen Integrationshelfer unter Quarantäne. [...] Dabei hatte die Bildungsministerin [Bettina Martin, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern; N. P.] vor einer Woche noch Optimismus verbreitet, als sie die Schulöffnungen verteidigte. „Mecklenburg-Vorpommern hat deutschlandweit die geringsten Infektionszahlen“, sagte sie damals WELT AM SONNTAG. [...] Weitreichende Hygienemaßnahmen sollten die Schulöffnungen begleiten, darunter etwa Tests bei Lehrkräften. Die jüngsten Ausbrüche stellen nun die Geschwindigkeit der Schulöffnungen infrage – und zwar über Mecklenburg-Vorpommern hinaus. „Die aktuellen Corona-Fälle in Mecklenburg-Vorpommern zeigen uns leider, dass die Schulen zu schnell und unvorsichtig geöffnet wurden“, sagt der Vorsitzende der Bundeselternrats, Stephan Wassmuth, im Gespräch mit WELT.* (Breyton WON 7.8.2020)

(MV 48) Wie viel Normalität ist nach den neuen Corona-Regeln möglich? Was bringt das, und wie gefährlich ist es? *Kein Mindestabstand im Klassenraum, keine reduzierten Lerngruppen, kein Unterricht im Schichtsystem: Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Berlin und Brandenburg sind als erste Bundesländer ins neue Schuljahr gestartet. Alles sollte – diese Hoffnung hatten die 16 Kultusminister im Juni geschürt so normal wie möglich verlaufen. Im Klassenverband, mit voller Stundentafel. Klappt das? Unser Eindruck nach den ersten Tagen: Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler freuen sich riesig, dass endlich wieder geregelter Unterricht stattfindet – und wir freuen uns mit ihnen. Aber der Start verlief hier und da holprig, und von Normalität kann angesichts von Maskenpflicht und anderen Corona-Regeln keine Rede sein. Lehrerverbände und Virologen fordern sogar strengere Vorschriften. Die Debatte Bildung versus Gesundheitsschutz geht weiter [...]. [...] Kaum hatte das neue Schuljahr in Mecklenburg-Vorpommern begonnen, mussten zwei Schulen wieder schließen. Ein Kind und eine Lehrerin waren positiv auf das Coronavirus getestet worden.* Kultusministerin Bettina Martin (SPD) teile

umgehend mit, sie sei wenig überrascht: „Wir haben von Anfang an gesagt, dass es Verdachtsfälle in den Schulen geben wird. Solange das Coronavirus noch nicht bekämpft ist und es keinen Impfstoff gibt, müssen wir damit rechnen.“ Auch Bettina Martin setzt auf das Prinzip fester Gruppen, um folgendes Szenario möglichst zu verhindern: dass Schulen wieder flächendeckend geschlossen werden müssen. Davor graut es wohl fast allen Akteuren im Bildungsbereich. *Dennoch wäre einigen etwas weniger Normalität und mehr Gesundheitsschutz lieber. Zu dieser Fraktion gehört Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Er forderte nach den Schulschließungen in Mecklenburg-Vorpommern schärfere Hygieneregeln an Schulen in ganz Deutschland. Wenn es nicht gelinge, bei vollständig geöffneten Schulen den Gesundheitsschutz hochzuhalten, müsse man wieder darüber nachdenken, in den Wechselbetrieb zwischen Präsenz- und Fernunterricht zurückzuschalten.* (Arp u. a. SPON 11.8.2020)

Akteur:innen, die sich im Krisendiskurs gegen frühe Maßnahmenlockerungen aussprechen (und dabei gewisse politische beziehungsweise diskursive Macht besitzen), darunter der bereits angeführte Meidinger (vgl. MV 48) oder Bundeskanzlerin Merkel (vgl. MV 19 u. 29), lassen sich für ein Aktantenmodell der Erzählungen als weitere Opponenten der Öffnungspläne in Mecklenburg-Vorpommern denken. So werde in einer Diskussion um die Möglichkeiten im inländischen Tourismus zu Ostern 2021 zum Beispiel ein „Vorschlag von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) für kontaktarmen Urlaub [...] im Gipfelbeschluss abgelehnt“ (Stössel u. a. WON 23.3.2021).

Im Kontext derselben Debatte zeigt sich in der medialen Berichterstattung aber zugleich, dass den Lockerungsvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern durchaus auch Unterstützung aus anderen Bundesländern zuteilwird und sie auf diese Weise eine gewisse Legitimation erfahren: Den Plan, kontaktarme Urlaubsreisen zu ermöglichen, verfolge Schwesig gemeinsam mit den Ministerpräsident:innen von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein (vgl. ebd.). Die Bundesländer würden „die von ihnen angestrebten Öffnungen“ trotz des Widerstandes anderer Akteur:innen „wohl auf eigene Faust durchsetzen“ (MV 21). Allerdings seien Öffnungsvorhaben trotz solcher Kooperationen nicht nur aufgrund des dynamischen Infektionsgeschehens oder einer mangelnden Vorbereitung, sondern auch wegen einer fehlenden bundesweiten Abstimmung „umstritten“ (MV 49; vgl. auch Narrativ Zwei). Die Kritik an Maßnahmenlockerungen wird in den untersuchten journalistischen Erzählungen immer wieder auch auf eine grundsätzliche Kritik an nicht abgesprochenen Entscheidungen zurückgeführt.

(MV 49) Sommerurlaub an Nord- oder Ostsee? *Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gehen grundsätzlich davon aus, dass das klappen kann. In beiden Ländern werden bereits Pläne zum Wiederanfahren des Tourismus erarbeitet. Das Vorgehen ist umstritten. [...] Überraschende Lockerungsübungen an Nord- und Ostsee:*

5.6 Narrativ Fünf: „Überraschende Lockerungsübungen an Nord- und Ostsee“

Sowohl Schleswig-Holstein als auch Mecklenburg-Vorpommern planen umfassende Erleichterungen der Kontaktbeschränkungen, insbesondere im Freizeitbereich. [...] Auch wenn insbesondere Schleswig-Holsteins Landeskabinett die Freizeit- und Feriennpläne unter den Vorbehalt eines beherrschbaren Corona-Infektionsgeschehens stellt – die bereits ziemlich detaillierte Schilderung möglicher Lockerungsmaßnahmen für diesen Sommer stößt nicht überall auf Zustimmung. So lehnt zum Beispiel Niedersachsen, dessen Freizeit- und Tourismusorte ebenfalls schwer unter der Corona-Krise zu leiden haben, Spekulationen über mögliche Lockerungen für Sportler und Touristen vor dem nächsten Treffen von Kanzlerin und Ministerpräsidenten am 30. April ab. Bei entsprechenden Infektionszahlen hoffe er danach auf „Spielraum für Lockerungen bei Sport- und Kulturangeboten sowie der Freigabe von Spielplätzen“, so Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) zu WELT. „Das wäre zugleich auch die Grundlage für eine spätere und langsame Öffnung des Tourismus.“ Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung verwies auf Anfrage lediglich darauf, dass mögliche Lockerungen im Sport- und Freizeitbereich erst in der nächsten Corona-Runde mit Angela Merkel (CDU) besprochen werden sollen. (Exner u. a. WON 17.4.2020)

(MV 50) *Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat ein Kriterium für ein Ende der Maskenpflicht im Einzelhandel genannt: den Rückgang der täglichen Corona-Neuinfektionen in Deutschland auf unter 100. „Solange wir im Durchschnitt täglich mehrere Hundert neue Infizierte haben, wird sie überall bleiben müssen, wo der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten wird“, sagte der CDU-Politiker der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Samstag). [...] Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) hatte sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen, angesichts der niedrigen Infektionszahlen im Norden Anfang August ein Ende der Maskenpflicht im Handel seines Landes zu beschließen. Er war damit auf breite Kritik gestoßen und von der Staatskanzlei seines Landes ausgebremst worden. (Moche WON 11.7.2020)*

(MV 51) *Wer zu Ostern verreisen möchte, muss also privat unterkommen, zum Beispiel bei Familienangehörigen oder Freunden. Die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz hatten sich dafür eingesetzt, über Ostern einen „kontaktarmen Urlaub“ (etwa im Selbstversorger-Ferienhaus) im eigenen Bundesland zu ermöglichen, scheiterten in den Verhandlungen aber mit ihrem Vorschlag. (Blinda SPON 23.3.2021; vgl. auch o. V. WON 23.3.2021)*

In den thematisch vielfältigen Erzählungen lässt sich ein Öffnungsnarrativ erkennen, dessen argumentative Logik medial auf zweifache Weise Ausdruck findet: Öffnungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ließen sich dann als (nicht) legitim bewerten, wenn sie (nicht) vor dem Hintergrund guter Infektionszahlen und angemessener Sicherheitsmaßnahmen angegangen und (nicht) durch Zustimmung und vergleichbare Vorhaben von anderen Krisenakteur:innen gestützt würden.

5.7 Narrativ Sechs: „Impf it like McPomm“⁴⁶

Mecklenburg-Vorpommern komme in bestimmten Pandemiezusammenhängen Vorbildcharakter zu, weil andere Krisenakteur:innen die im Bundesland früh ergriffenen Maßnahmen nicht nur befürworteten, sondern diesen teilweise auch folgten. Zudem näherte sich Mecklenburg-Vorpommern bestimmten Zielen wie einer hohen Impfquote, die in anderen Bundesländern ebenfalls verfolgt würden, verhältnismäßig schnell.

Zu verschiedenen Zeitpunkten in der COVID-19-Berichterstattung zeigen Journalist:innen Mecklenburg-Vorpommern als Bundesland, das früh Maßnahmen befürworte und umsetze oder Strategien verfolge, die in der politischen Diskussion große Beachtung fänden und wenig später auch in anderen Bundesländern eingesetzt, zumindest in Erwägung gezogen würden. Anhand der entsprechenden medialen Texte habe ich ein Narrativ von Mecklenburg-Vorpommern als Bundesland erarbeitet, das in der Pandemiepolitik vorangehe beziehungsweise für andere Länder vorbildhaft sei. Die hier als *Narrativ Sechs* verhandelte erzählerische Regelmäßigkeit deutet sich zum Beispiel in Texten über den Beschluss an, im Ausland absolvierte medizinische Ausbildungen in Pandemiezeiten anzuerkennen, der in Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise schnell gefasst werde (vgl. MV 52). Ebenso lassen sich im Untersuchungskorpus Artikel zu einem im Bundesland zügig eingerichteten Hilfsfonds für Musikfestivals finden (vgl. MV 53) oder, etwas später in der Gesundheitskrise, zum Vorschlag für einen neuen, an die Dynamik des Pandemiegeschehens angepassten Richtwert für das Ein- und Aussetzen von Schutzmaßnahmen, der aus Mecklenburg-Vorpommern komme (vgl. MV 54).

(MV 52) Experten fordern Sondergenehmigungen [...] Eine Presseanfrage von ZEIT ONLINE wurde vom Bundesgesundheitsministerium nicht beantwortet. Auch auf der Pressekonferenz äußerte sich Spahn nicht zu Ad-hoc-Genehmigungen oder beschleunigten Berufsanerkennungen für ausländische Fachkräfte. *Auf Twitter hingegen fordert der Gesundheitsminister, dass die Bundesländer Medizinstudierende aus dem polnischen Stettin in der Corona-Krise möglichst schnell mit einer Approbation versorgen sollen. „Bisher hat nur Mecklenburg-Vorpommern erklärt, dass sie die Ausbildung anerkennen wollen“, sagt Schell, Sprecher der Asklepios-Kliniken* [Franz Jürgen Schell; N. P.]. Der Konzern wartet auch auf einen sogenannten „Rekrutierungsflug“. (Gutensohn ZON 23.3.2020)

46 Nikolaus Blome: „16 Länder, 16 Häschen“. In: *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-politik-16-laender-16-haeschen-kolumne-a-5ac181e9-b0fd-41d6-ad9b-be59f0fbc9c>, 11.1.2021 [zuletzt eingesehen am 17.3.2023].

(MV 53) Die Pleitewelle unter Festivals, die die Branche im vergangenen Jahr befürchtet hatte, scheint durch Fördergelder, Kurzarbeit und Gutscheinregelung erst einmal abgewendet worden zu sein. Und das Finanzministerium kündigte schon vor Monaten einen Hilfsfond an, der Kosten übernehmen will, falls eine Veranstaltung wegen der Pandemie ausfallen muss. *Das würde die Situation der Festivals erleichtern. [...] Nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es bereits so einen Hilfsfond, von dem Festivals wie die Fusion profitieren. Alle anderen Festivals müssen abwarten und zittern.* (Herriger ZON 11.3.2021)

(MV 54) WELT: Beim Bund-Länder-Treffen am Dienstag wird neben dem Flutfonds erneut die Bewältigung der Corona-Pandemie im Mittelpunkt stehen. Erwarten Sie konkrete Beschlüsse dazu, wie sich das Land für eine vierte Infektionswelle rüstet?

Dreyer [Malu Dreyer, damalige Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz; N. P.]: Klar ist, dass wir uns darauf verständigen müssen, dass der Inzidenzwert allein nicht mehr das Kriterium sein kann, von dem sich alle Maßnahmen ableiten. *Wir brauchen einen neuen Warnwert. Aus Mecklenburg-Vorpommern liegt mit der sogenannten Corona-Warn-Ampel ein guter Vorschlag auf dem Tisch, der neben dem Inzidenzwert auch die Belegung der Intensivbetten oder die Impfquote berücksichtigt.* (Doll WON 8.8.2021)

Die früh getroffenen Entscheidungen beziehungsweise angekündigten Vorhaben werden in den zitierten Artikeln vor allem durch den Zuspruch von bundeslandexternen Krisenakteur:innen als wichtige Pandemiemaßnahmen bewertet und somit gestützt, zum Beispiel vom damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (vgl. MV 52) oder der damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (vgl. MV 54). Das Vorgehen in Mecklenburg-Vorpommern sei auch für andere Bundesländer relevant, wo die Ausbildung ausländischer Mediziner:innen und Pfleger:innen zum Zeitpunkt des Erzählens (noch) nicht anerkannt werde, es (noch) keinen Hilfsfonds für Festivals gebe und (noch) kein fundiertes Konzept für einen neu ausgerichteten Orientierungswert vorliege (vgl. MV 52–54).

Für die Struktur der betrachteten Erzählungen ist vor allem die zeitliche Dimension des Vorangehens und des (potenziellen) Folgens wesentlich. Sie bestimmt das journalistisch immer wieder hergestellte Verhältnis zwischen verschiedenen Regionen: Von regionalen Unterschieden in der Pandemiepolitik erzählen viele Journalist:innen mithilfe einer primär temporalen Einteilung in *voranpreschende* Bundesländer, Städte oder Landkreise (vgl. MV 43) und solche, die folgten beziehungsweise „unter Zugzwang“ gerieten (o. V. WON 5.5.2020; vgl. auch Narrativ Fünf).⁴⁷ Diese zeitliche Beziehung wird

47 Vgl. zu dieser zeitlichen Kategorisierung vor allem von Ländern in der Gesundheitskrise auch Fenglong Wang, Sainan Zou u. Yungang Liu: „Territorial Traps in Controlling the

in den drei angeführten Textbeispielen nicht explizit gemacht: Dass andere Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern in seinen Entscheidungen tatsächlich folgten, erscheint lediglich wichtig und wünschenswert. Klarer erkennbar wird die temporale Relation in medialen Texten vom April 2020, in denen von einer Maskenpflicht für bestimmte öffentliche Bereiche erzählt wird, die unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern früh beschlossen und wenig später in ganz Deutschland umgesetzt werde. Neben dem thüringischen Jena – „bundesweit Vorreiter“ für das verpflichtende Tragen eines Mundnasenschutzes (Engel SPON 19.4.2020) – und dem „Vorreiterland“ Sachsen (Pfützner WON 21.4.2020) erscheint Mecklenburg-Vorpommern wiederholt als eine der Wegbereiterinnen der bundesweiten Regelung. Ende April sei in allen Bundesländern der Entschluss gefasst, die Vorschrift zu erlassen: „Alle 16 Bundesländer haben nun bereits eine Maskenpflicht oder werden sie innerhalb der nächsten Tage einführen. Mit Bremen gab nun auch das letzte Land seinen Widerstand auf“ (Rottmann WON 22.4.2020).

Eine solche zeitliche Anordnung von Krisenakteur:innen lässt sich auch in Form von Aktantenbeziehungen fassen; zumindest mit meinem dynamischen Verständnis vom Greimasschen Modell und seiner krisenspezifischen Erweiterung (vgl. Kapitel 3.2.2.2). Die narrativ wiederholt erzeugte temporale Ordnung von Akteur:innen deute ich im Sinne einer ganz bestimmten Aktantenrelation zwischen verschiedenen Subjekten: Trotz eines vergleichbaren Ziels fasse ich diese aufgrund des medial aufgezeigten zeitlichen Abstands in ihrem Handeln nicht zu einem einzigen Subjektaktanten zusammen. Denn ihr Streben nach demselben oder einem vergleichbaren Ziel beziehungsweise Objekt setze den Erzählungen zufolge zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein: Während eine Maskenpflicht in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen oder Jena zum Zeitpunkt des Erzählens bereits im Gespräch oder sogar schon umgesetzt sei, komme der Zweistädtestaat Bremen dieser mit zeitlicher Ver-

COVID-19 Pandemic“. In: *Dialogues in Human Geography* 10/2 (2020), S.154–157, hier S.156. Während die hier untersuchten Erzählungen vor allem auf der Darstellung zeitlicher Unterschiede in der Umsetzung von bestimmten Schutzmaßnahmen und Krisenstrategien gründen, beziehen sich die Autor:innen auf verschiedene zeitliche Verläufe des Infektionsgeschehens: „The individualized responses by each state to control the COVID-19 pandemic have also created a temporal trap, which is characterized by viewing some countries as being ‚ahead‘ or ‚behind‘ in time depending on their comparative position within global COVID-19 trajectories. From this standpoint, those countries who are ‚ahead‘ in time (i.e. those that experienced the COVID-19 outbreak earlier and may already be in the process of recovery) can only be protected from the risk of COVID-19 when all countries have successfully controlled the spread of the coronavirus“. Vgl. zur Übersetzung von räumlichen Differenzen in temporale Sequenzen auch Doreen Massey: *For Space*. London 2005, S. 87.

zögerung nach, müsse zunächst einen anderen Kurs aufgeben. Die Relation zwischen Bremen und unter anderem Mecklenburg-Vorpommern (Bremen deute ich hier als Antisubjekt, Mecklenburg-Vorpommern als Subjekt) lässt sich als adjuvante Beziehung in beide Richtungen auslegen: Schließt sich das Antisubjekt dem Subjekt in einem beabsichtigten oder bereits erprobten Vorgehen an, mitunter trotz anfänglicher Vorbehalte, scheint es dieses als vielversprechendes Mittel zur Krisenbewältigung zu bewerten und bestärkt damit das vorausgehende Subjekt in seinem Handeln. Zugleich mag sich eine bereits für aussichtsreich befundene beziehungsweise schon geprüfte Regelung auch für andere Entscheidungsträger:innen als leichter zugänglich erweisen.

(MV 55) Update: Maske tragen und auf den Impfstoff warten [...] In vielen Bundesländern dürfen ab heute kleinere Geschäfte wieder öffnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in einer Pressekonferenz aber noch mal davor gewarnt, angesichts dieser Lockerungen leichtsinnig zu werden. An immer mehr Orten werden Masken im öffentlichen Nahverkehr und beim Einkaufen Pflicht. Nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hat jetzt auch Bayern als drittes Bundesland eine sogenannte Maskenpflicht eingeführt. (Pflüger ZON 20.4.2020)

(MV 56) Übrigens führt nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen nun auch Bayern eine Maskenpflicht ein. Thüringen plant eine. Die Debatte über den richtigen Weg geht weiter – am Ende wird wohl wieder eine Kurve darüber entscheiden, wer recht hatte. (von Rohr SPON 21.4.2020)

(MV 57) Als Manuela Schwesig Ende der vergangenen Woche vor die Presse trat, um ihren Plan zur Corona-Bekämpfung in Mecklenburg-Vorpommern vorzustellen, bot sich den Journalisten ein ungewöhnliches Bild. Die Ministerpräsidentin trat mit einer Mund und Nase bedeckenden Maske aus rotem Stoff vor die Kameras. Eine solche Maske werde ab dem 27. April Pflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern, kündigte die SPD-Politikerin an. Für alle anderen öffentlichen Bereiche gelte eine dringende Empfehlung, Mund-Nasen-Bedeckungen zu nutzen. „Ich schütze damit mein Gegenüber und mein Gegenüber schützt mich. Wir bitten die Bevölkerung, hier mutig voranzugehen.“ Je mehr Menschen die Masken nutzten, desto mehr Lockerungen werde man ermöglichen können, versprach Schwesig. „Es ist eine kleine Einschränkung für viel mehr Freiheit.“ Mecklenburg-Vorpommern war damit mit Sachsen eines der ersten Bundesländer, die eine Maskenpflicht eingeführt haben. Am Montag folgte Bayern, am Dienstag Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Hamburg, Berlin und Hessen. (Menkens WON 21.4.2020)

Ministerpräsidentin Schwesig tritt zwar in vielen journalistischen Formulierungen hinter das abstrakte Subjekt Mecklenburg-Vorpommern zurück, lässt sich aktantentheoretisch aber dennoch oftmals als durchaus präsente Adressantin lesen, die „sich schon früh für eine Maskenpflicht ausgesprochen“ habe (Menkens WON 21.4.2020; vgl. auch MV 57). Bereits vor der Ankündi-

gung einer verbindlichen Regelung habe sie sich „massiv“ dafür eingesetzt, „dass Menschen in Bussen und Bahnen oder beim Einkaufen Stoffmasken tragen“ (Hofer ZON 17.4.2020)⁴⁸ und an die Menschen des Bundeslandes frühzeitig die dringende Empfehlung ausgesprochen, die Schutzmaßnahme umzusetzen: „Dieser Rat an die Bürger war besonders den Regierungschefs aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern – Söder sowie den SPD-Politikerinnen Malu Dreyer und Manuela Schwesig – wichtig“ (Vitzthum WON 15.4.2020). Ihn zu befolgen, komme den Bürger:innen des jeweiligen Bundeslandes vor allem selbst zugute, erhöhe ihren Schutz vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus und sei als Sicherheitsvorkehrung zu betrachten, die auch Lockerungen möglich mache (vgl. MV 57; vgl. auch Narrativ Fünf).

Mithilfe der Aktantenstruktur, die ich für mediale Erzählungen über die früh verordnete Maskenpflicht in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt habe, lassen sich auch journalistische Texte zu einem auffallend zügigen Impfstart im Bundesland in den Blick nehmen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern impfte Mecklenburg-Vorpommern seine Bevölkerung im Januar 2021 besonders schnell, „rascher [...] als anderswo“ (Lehmann u. Winter SPON 8.1.2021). Das beachtliche Impftempo bringe dem Bundesland eine „Spitzenposition im deutschlandweiten Vergleich“ ein (o. V. WON 4.1.2021), in den ersten Wochen des neuen Jahres erziele – und halte – Mecklenburg-Vorpommern die bundesweit höchste Impfquote: „Beim Impfen ist Mecklenburg-Vorpommern Deutschlands Spitzenreiter“ (ebd.).

(MV 58) *Ein schönes Beispiel von solchermaßen funktionierendem Föderalismus ist der Impfstart. Der holpert vielerorts zwar gehörig, aber ein Land im Nordosten zeigt, dass es auch glatt und gut geht: Impf it like McPomm. Bei Impfstand und -tempo pro tausend Einwohner ist Mecklenburg-Vorpommern nicht weit weg von Großbritannien, lange der gelobte Spitzenreiter in Europa. Würden die übrigen 15 Ministerpräsidenten so rasant impfen lassen wie die oft belächelte Manuela Schwesig (SPD), dann lägen wir auf Platz zwei in der EU und nicht im hinteren Mittelfeld. Ihr Vorgehen ist nicht ohne Risiko, weil die zweite Dosis pro Geimpftem offenbar nicht zurückgehalten, sondern in der ersten Welle mit verbraucht wird. Aber in anderen Bundesländern lagern die „meisten Dosen im Depot“, wie der SPIEGEL gerade schrieb. Mithin führt der Föderalismus auf paradoxe Weise den Beweis, dass*

48 Der hier zitierte Text ist dem von LexisNexis am 17.3.2023 abgerufenen *Zeit-Online*-Text „Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern führen Maskenpflicht ein“ vorangestellt und stammt mutmaßlich aus einem Pressehandout der Staatskanzlei in Schwerin. Im *Zeit-Online*-Artikel erscheint er nicht, wird an dieser Stelle aber dennoch als wichtiger Bestandteil des untersuchten Korpus angeführt und unter der Sigle des Onlineartikels zitiert.

15 Ministerpräsidenten den zähen Impfstart zu verantworten haben und nicht so sehr die Bundesregierung. (Blome SPON 11.1.2021)

(MV 59) Knapp drei Wochen nach dem Impfstart haben in Deutschland mehr als eine Million Menschen die erste Dosis erhalten. *Die meisten Impfungen pro 100 Einwohner wurden bisher für Mecklenburg-Vorpommern (2,34) und Schleswig-Holstein (1,92) erfasst, die wenigsten für Baden-Württemberg (0,9) und Thüringen (1,03).* Wir schauen in einzelne Bundesländer, wie die Impfkampagne organisiert ist und wie sie voranschreitet. (Debes u. a. ZON 18.1.2021)

(MV 60) *Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es jedoch große Unterschiede beim Impffortschritt, wie Daten des Robert-Koch-Instituts zeigen. Demnach lagen am Freitag die, gemessen an ihrer Einwohnerzahl, relativ kleinen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz mit Impfquoten von jeweils 3,4 Prozent rund vier Wochen nach dem Impfstart weit vorn.* Mecklenburg-Vorpommerns Gesundheitsminister Harry Glawe begründet den Impferfolg mit der „hohen Impfbereitschaft“ in der Bevölkerung. Zudem hätten mehr als 600 Freiwillige dafür gesorgt, die Impfstoffe zügig auf den Weg zu bringen. Die Bundesländer, die beim Impffortschritt hinten liegen, wehren sich gegen Vorhaltungen. *Demnach seien einige Bundesländer offenbar vorgeprescht, ohne die entsprechende Zahl an Zweitimpfungen sicherzustellen, wie es der Bund empfiehlt. [...] Die Spitzenreiter Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern verweisen hingegen darauf, dass auch sie ausreichend Impfstoff beiseitegelegt haben.* „Die Zweitimpfungen sind sichergestellt“, heißt es in Schwerin. Rheinland-Pfalz erklärt, dass man mit einem rollierenden System arbeite. (Ettel u. Meyer WON 31.1.2021)

In vielen medialen Erzählungen wird suggeriert, dass ein erheblicher „Impffortschritt“ (MV 60), wie er in Mecklenburg-Vorpommern bereits im Januar beobachtet werden könne, ein geteiltes Ziel aller Bundesländer sei. Auf dem Weg zu diesem liege Mecklenburg-Vorpommern „weit vorn“ (ebd.) – im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, die einen eher „zähen Impfstart“ (MV 58) zu verzeichnen hätten und im Impfvvergleich entsprechend „hinten liegen“ (MV 60). Damit diene das Bundesland anderen zur Orientierung, zeige auf, was im Januar bereits möglich sei. Wie schon in den Erzählungen zur Maskenpflicht ist es erneut der geschilderte unterschiedliche Fortschritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Objekt, der die verschiedenen Subjekte des Erzählten voneinander trennt; und wieder ist es Mecklenburg-Vorpommern, das als vorangehendes Bundesland hervorgehoben wird.

Im Unterschied zu den Erzählungen von einer früh eingeführten Maskenpflicht handeln jene vom Impffortschritt allerdings weniger davon, dass andere Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern in einer konkreten Vorgehensweise folgten. Auf eine besondere Strategie hinter der hohen Impfquote des Bundeslandes gehen nur wenige Journalist:innen explizit ein: Eine Besonderheit beim Impfen liege in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise darin,

dass vergleichsweise wenige Zweitdosen an Impfstoff zurückgelegt würden, die es für eine Grundimmunisierung gegen COVID-19 in der Regel brauche (vgl. MV 58 u. 60). Dass sich auch Akteur:innen anderer Regionen dieses Vorgehen zum Vorbild nehmen sollten, wird nur vereinzelt nahegelegt:

Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten sollten ergo beschließen, dass ab sofort alle Bundesländer so verfahren wie Mecklenburg-Vorpommern, das fast doppelt so viel impft wie der Bundesschnitt und damit einen europäischen Spitzenplatz hat. (Blome SPON 18.1.2021)

Das Zitat deutet darauf hin, dass in journalistischen Erzählungen oftmals Merkel und die Ministerpräsident:innen als Verantwortliche für Impftempo und Impferfolg in den Fokus gerückt werden, also in einer Funktion interpretiert werden können, die sich aktantentheoretisch als Adressant bezeichnen lässt. Schwesig wird als Krisenakteurin in den Impferzählungen vor allem im Zusammenhang mit ihren Forderungen an die deutsche Impfkampagne stärker in den Vordergrund gestellt (vgl. MV 31–33; vgl. auch Narrativ Drei). Sie dränge auf ein höheres Impftempo und fordere dazu auf, „die Hausärzte früher als geplant einzubeziehen“ (Leitlein ZON 15.3.2021). Obwohl in Mecklenburg-Vorpommern bereits zuvor „in Hausarztpraxen geimpft“ werde (Beug WON 22.1.2021), heben Journalist:innen die frühzeitige Beteiligung von Hausärzt:innen an den Schutzimpfungen gegen COVID-19 erst im März 2021 zunehmend als vorbildhaft hervor – und messen damit auch einem konkreten Ansatz in der Impfpolitik Mecklenburg-Vorpommerns mehr Bedeutung bei. Die Maßnahme sei auch für andere Krisenakteur:innen beispielhaft, zumal sich viele von ihnen in der Impfkampagne mit wachsenden Herausforderungen konfrontiert sähen: „Es gibt Sorgen, dass Deutschland mit höheren Impfdosen an seine Kapazitäten beim Impfen kommt. [...] In mehrten [sic] Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg ist im Rahmen von Modellprojekten schon das Impfen über bestimmte Hausärzte möglich“ (Hendrich WON 8.3.2021).

(MV 61) *Nach den Beratungen der Gesundheitsminister von Bund und Ländern hieß es am Mittwochabend aus Teilnehmerkreisen, dass die Hausärzte – als wichtige Ergänzung zu den Impfzentren – schrittweise ins Impfen einbezogen werden sollen, abhängig davon, wie viel Impfstoff zur Verfügung steht. Spätestens Mitte April soll es aber losgehen in den Arztpraxen. Aktuell gibt es nur wenige lokale Ausnahmen im Rahmen von Modellprojekten, etwa in Mecklenburg-Vorpommern, bei denen bereits in Praxen geimpft wird.* (Weber SPON 11.3.2021)

(MV 62) *Ab wann kann ich den Impftermin einfach über meinen Hausarzt buchen? Diese Situation ist sehr dynamisch. Der Druck, auch abseits von Impfzentren zu impfen, ist groß, besonders weil der Impffortschritt in Deutschland so stockt. In*

Niedersachsen impfen einige wenige Praxen testweise seit Anfang März, im dünner besiedelten Mecklenburg-Vorpommern wird seit Beginn auch dezentral in lokalen Impfstationen in Arztpraxen geimpft. Bayern will Medienberichten zufolge Anfang April mit Impfungen in den Praxen beginnen. Andere dürften folgen: Nach der Empfehlung von Bund und Ländern sollen Impfungen in Praxen „frühestmöglich“, spätestens aber ab dem 19. April starten. Auch Betriebsärzte sollen mitimpfen. (Laaff u. Hegemann ZON 13.3.2021)

(MV 63) Berlin ist nicht das einzige Bundesland, das die Schülerimpfung so offensiv propagiert. *In Schleswig-Holstein startete am Donnerstag eine Impfkampagne an den Schulen. Über 10.500 Schüler haben sich bereits angemeldet, nach der Stiko-Empfehlung wird das Angebot noch ausgeweitet. [...] Auch andere Länder beziehen die Schulen in die Impfkampagne mit ein. In Mecklenburg-Vorpommern sind seit Dienstag mobile Teams an den Schulen unterwegs, in Berlin wird in den Oberstufenzentren geimpft. Hamburg hat bisher vor allem Berufsschüler immunisiert, jetzt soll es auch für die rund 100.000 Kinder und Jugendlichen über zwölf Jahren Impfangebote an den weiterführenden Schulen geben. Auch Niedersachsen plant nach Ferienende ab Anfang September Impfungen in Schulen. (Menkens u. Peters WON 22.8.2021)*

In Mecklenburg-Vorpommern werde auch, das zeigt Textbeispiel MV 63, vergleichsweise früh an Schulen geimpft. Bereits ab den ersten Augusttagen 2021 würden dort „Jugendliche ab 16 Jahren auf freiwilliger Basis und mit Zustimmung der Eltern“ mit Impfstoff versorgt (Roth ZON 2.8.2021). Andere Bundesländer wie Niedersachsen folgten; bestärkt auch durch die später ausgesprochene Empfehlung der *Ständigen Impfkommission* (STIKO; vgl. MV 63). Zur Entstehungszeit dieser Erzählungen aber zeichne sich Mecklenburg-Vorpommern bereits nicht mehr durch eine besonders hohe Impfquote aus. Im Gegenteil: Das Bundesland stehe nun in mancherlei Hinsicht sogar am Ende des deutschlandweiten Impfvergleichs, beispielsweise

im Impffortschritt bei den Älteren und Vorerkrankten [...]. So waren laut Robert Koch-Institut im Saarland mehr als 73 Prozent der über 80-Jährigen zumindest einmal geimpft, in Baden-Württemberg und in der NRW-Region Westfalen-Lippe dagegen erst jeweils rund 59 und in Mecklenburg-Vorpommern erst knapp 50 Prozent. (Zacharakis ZON 25.3.2021; vgl. auch Hendrich WON 25.3.2021)

Diese dynamische Entwicklung im Erzählen von der Impfkampagne macht deutlich, dass sich die Erzählstruktur, die ich für *Narrativ Sechs* aufgezeigt habe, im deutschen Pandemiediskurs zwar zu unterschiedlichen Zeiten und in verschiedenen Kontexten finden lässt, in einer konkreten narrativen Realisierung aber zumeist nur für kurze Zeit in Erscheinung tritt. Ihre Flüchtigkeit ist vor allem der zeitlichen Sensibilität geschuldet: Ist eine Maßnahme auch in anderen Bundesländern umgesetzt, ein Ziel auch dort erreicht, verlieren

Erzählungen vom vorangehenden, vorbildhaften Mecklenburg-Vorpommern für die journalistische Berichterstattung schnell wieder an Bedeutung.

Darüber hinaus sei an dieser Stelle angemerkt, dass zügig getroffene Entscheidungen und rasch erzielte Fortschritte medial nicht nur positiv bewertet werden. Die Geschwindigkeit, mit der bestimmte Maßnahmen umgesetzt würden, könne durchaus mit Risiken verbunden sein. So greifen Journalist:innen zum Beispiel auch skeptische Haltungen gegenüber dem schnellen Impftempo im Bundesland (vgl. MV 58 u. 60) oder der früh begonnenen Immunisierung von Kindern und Jugendlichen auf. Diese wird im August 2021 auf *Zeit Online* als „derzeit wohl umstrittenste Maßnahme zur Corona-Bekämpfung“ eingeschätzt (Thurm ZON 19.8.2021). Kritik deutet sich unter anderem in der häufig negativ konnotierten Formulierung des *Vorpreschens* an, wie sie in der Berichterstattung gerade im Kontext von unabgestimmten Vorgehensweisen immer wieder gebraucht wird (vgl. MV 43, 60 u. 64). Für Mecklenburg-Vorpommern findet sie auch in Hinblick auf die Kontaktverfolgungssapp *Luca* Anwendung:⁴⁹ „Lediglich einzelne Länder wie MV preschten vor und schlossen die Luca-App an ihre Gesundheitsämter an“ (Steffen ZON 23.3.2021). An der App, die als erstes in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt werde, häuften sich schnell Zweifel: Vor allem weise sie Sicherheitslücken und Mängel im Datenschutz auf. Doch auch wenn im März 2021 zunächst „noch Fragen in Sachen Sicherheit offen sind, sind offenbar viele Länder interessiert“ (Hoppenstedt SPON 26.3.2021) – und täten es Mecklenburg-Vorpommern gleich (vgl. MV 65 u 66). Die Befürwortung, die die Entscheidung für die App von anderen Landesregierungen erfahre, wird journalistisch häufig direkt mit der Ablehnung durch andere Diskursakteur:innen oder die Autor:innen selbst kontrastiert und auf diese Weise kritisch eingeordnet (vgl. MV 64–66). In Mecklenburg-Vorpommern werde die Nutzung der App im November 2021 vom Oberlandesgericht Rostock schließlich für rechtswidrig erklärt (vgl. MV 66). Die narrativ hergestellte Beziehung zwischen dem vorangehenden Mecklenburg-Vorpommern und den folgenden Bundesländern kann in diesem Fall aktantentheoretisch nicht länger als adjutant eingeordnet werden; sich dem nordöstlichen Bundesland in seiner Entscheidung für die Luca-App anzuschließen, sei vielmehr „keine so gute Idee“ (MV 65).

49 Vgl. zum vielgebrauchten Begriff des *Vorpreschens* auch Münch: „Wenn dem Bundesstaat die Stunde der Exekutive schlägt“, S. 209: „Ohne die Worte ‚Flickenteppich‘ und ‚vorgeprescht‘ kam kaum ein Journalist oder eine Moderatorin bei der Beschreibung der Entscheidungsabläufe in Bund und Ländern aus“.

(MV 64) *Der Chef des Bundeskanzleramtes, Helge Braun (CDU), plädiert für eine schnelle Entscheidung zu einer Corona-Kontaktverfolgungslösung wie etwa der Luca-App. Der Start einer solchen App könnte zum 22. März erfolgen, sagte Braun am Dienstag auf einer Veranstaltung des Softwarekonzerns Microsoft. Ab dann soll in Regionen, in denen die Sieben-Tage-Inzidenz unter 50 liegt, die Außengastronomie wieder geöffnet werden. [...] Mecklenburg-Vorpommern prescht als erstes Land vor. Am Mittwoch teilte Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland mit, die Lizenz für die Luca-App erworben zu haben. [...] Auch in Thüringen soll in der kommenden Woche über die Nutzung der Luca-App entschieden werden. In der Stadt Jena läuft zurzeit ein Modellversuch mit der App. [...] Kritisiert wird die Luca-App, weil sie nicht quelloffen entwickelt wurde. Wie die Verschlüsselung der Daten und die Anbindung an die Gesundheitsämter funktionieren soll, ist deshalb nicht öffentlich einsehbar oder überprüfbar. Die Linkenabgeordnete Anke Domscheit-Berg nennt die App „intransparent“: „Für mich ist damit keine Vertrauenswürdigkeit in die Luca-App gegeben“, schreibt sie auf Twitter. Wettbewerber der Luca-App kritisieren derweil das undurchsichtige Vergabeverfahren und die Fokussierung vieler Politiker und Politikerinnen auf die eine App. (Knödler SPON 10.3.2021)*

(MV 65) *Es klingt so bestechend, dass man sich fragt, warum es ein solches System nicht längst gibt: Nutzerinnen und Nutzer sollen zum Beispiel beim Betreten eines Ladens einen QR-Code per Smartphone scannen und wenn sich später herausstellt, dass eine positiv auf Covid-19 getestete Person zur gleichen Zeit im Laden war, wird man benachrichtigt. Das ist die Idee der App Luca, die vor allem durch Rapper Smudo große Bekanntheit erlangte. Mecklenburg-Vorpommern setzt als erstes Bundesland voll auf die App. Auch andere Politikerinnen und Politiker können es kaum erwarten, die App an alle Gesundheitsämter in Deutschland anzuschließen. Immer stärker zeigt sich allerdings, dass das möglicherweise keine so gute Idee ist. (Wolfangel ZON 12.3.2021)*

(MV 66) *Zu früh gekauft. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hätte die Luca-App nicht einfach so anschaffen dürfen [...]. Die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns habe, so sieht es das Gericht [das Oberlandesgericht Rostock; N. P.], gegen Wettbewerbsrecht verstoßen. [...] Was die Folgen der Entscheidung sind, ist derzeit noch nicht abzusehen. Aber einiges spricht dafür, dass sie über Mecklenburg-Vorpommern hinaus wirken könnte. Das Bundesland war im März das erste gewesen, das eine Lizenz für die Luca-App eingekauft hatte, für 440.000 Euro. Zwölf andere Bundesländer zogen nach. Insgesamt gaben die Länder rund 21 Millionen Euro aus. (von Lindern ZON 11.11.2021)*

Das Vorgehen bestimmter Krisenakteur:innen wird im Laufe der COVID-19-Pandemie medial differenziert verhandelt: Wird es für Mecklenburg-Vorpommern von Journalist:innen insbesondere im Zusammenhang mit der Maskenpflicht oder dem gelungenen Impfstart wiederholt als vorbildhaft gezeigt, kippt es in Erzählungen zu Schulöffnungen oder dem Einsatz der Luca-App in ein zu eiliges, weder ausreichend abgesichertes noch abgestimmtes Vorpreschen (vgl. auch Narrativ Zwei). Dennoch werden verschiedene

Entscheidungen und Vorgehensweisen, die medial für Mecklenburg-Vorpommern thematisiert werden, erzählerisch dadurch legitimiert und hervorgehoben, dass andere Bundesländer sich diesen anschließen.

5.8 Neue Narrative: Fazit I

Das zuletzt angeführte *Narrativ Sechs* macht besonders deutlich, dass sich für die COVID-19-Pandemie mediale Erzählungen finden und Narrative entwickeln lassen, die als abweichend von üblichen narrativen Darstellungsweisen Mecklenburg-Vorpommerns betrachtet werden können: Erzählungen, die das Bundesland mit seiner Pandemiepolitik in Zeiten der Gesundheitskrise wiederholt als fortschrittlich, innovativ und im bundesweiten Vergleich „weit vorn“ (MV 60) zeigen, stehen den eingangs thematisierten gängigen Rückständigkeitserzählungen deutlich entgegen (vgl. Kapitel 5.1). Mit einigen schnell getroffenen Entscheidungen zur Eindämmung von SARS-CoV-2 und insbesondere einer früh als erfolgreich bewerteten Impfkampagne gehe Mecklenburg-Vorpommern vielen der untersuchten journalistischen Texten zufolge immer wieder voran und wird dabei zum Teil als geradezu vorbildhaft eingeordnet: „Impf it like McPomm“ (MV 58).

Im Bundesland würden wiederholt bestimmte Regelungen von deutschlandweiter Relevanz, aber auch Maßnahmenlockerungen angeregt und Debatten um bestimmte Vorgehensweisen und Strategien angestoßen. Dabei rückt vor allem auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ins Zentrum der überregionalen journalistischen Aufmerksamkeit: In Diskussionen zum Umgang mit der Coronapandemie in Deutschland trete sie oftmals präsent in Erscheinung, nicht zuletzt als Kritikerin der Bundesregierung. Vor allem in den vielfältigen Erzählungen, die die analytischen Ausgangspunkte für die präsentierten *Narrative Zwei, Drei und Fünf* bilden, zeigt sich, dass Schwesig und das von ihr regierte Mecklenburg-Vorpommern – das „Land am Rand“⁵⁰ – in der Pandemie aufgrund bestimmter Vorgehensweisen und durch vielfältige Debattenbeiträge zu verschiedenen Zeitpunkten große mediale (und politische) Beachtung finden, inmitten der deutschlandweit geführten Krisendebatten verortet werden und somit einen zum Teil ganz zentralen Platz auf den Karten journalistischen Erzählens einnehmen.

50 Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hg): *Mecklenburg-Vorpommern. Land am Rand – für immer?*

Mecklenburg-Vorpommerns Präsenz in der Pandemieberichterstattung wird lange Zeit auch durch eine vergleichsweise geringe Virusbetroffenheit des Bundeslandes gesichert. Die auffallend niedrigen Infektionszahlen werden in zahlreichen medialen Texten aufgegriffen, die ich unter *Narrativ Vier* zusammengebracht habe. Dabei gehen wenige der Journalist:innen zur Begründung der niedrigen Werte auf die periphere Lage, die ländliche Prägung oder die geringe Bevölkerungsdichte des Landes ein. Das überrascht insofern, als diese Eigenheiten in Erzählungen über Mecklenburg-Vorpommern sonst oftmals grundlegend sind (vgl. Kapitel 5.1). Werden diese im Pandemiekontext angeführt, so erscheinen sie weniger als Herausforderung oder Makel, sondern angesichts des sich ausbreitenden Coronavirus vielmehr als Vorteil. SARS-CoV-2 tue sich im „dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern deutlich schwerer“ als in anderen Regionen (vgl. MV 35). In Hinblick auf Infektions- oder Todesfallzahlen wird das Bundesland dementsprechend regelmäßig als besonders positives Gegenbeispiel zu Ländern wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern angeführt; was angesichts der hinteren Platzierungen, die Mecklenburg-Vorpommern in vielen präpandemischen Bundeslandrankings einnimmt, als außergewöhnlich einzuordnen ist (vgl. Kapitel 5.1). Für wirtschaftliche Entwicklungen, die häufig Gegenstand solcher Rankings sind, lässt sich anhand der erarbeiteten Pandemienarrative allerdings keine bedeutende Veränderung angeben: Die wirtschaftliche Situation im Bundesland erscheint erneut prekär, hätten Pandemie und Eindämmungsmaßnahmen doch die wichtige „Tourismuswirtschaft ins Mark getroffen“ (MV 10).

Das große Interesse am Bundesland wird in Pandemiezeiten gerade auch durch seinen Stellenwert als beliebtes innerdeutsches Reiseziel gefördert, auf dem zahlreiche der untersuchten medialen Krisenerzählungen gründen und somit an etablierte Raumvorstellungen anknüpfen. Diese finden im Pandemiediskurs nicht zuletzt, das zeigt insbesondere *Narrativ Eins*, in der teilweise scharf formulierten Kritik an den Einreiseregulungen Mecklenburg-Vorpommerns Ausdruck. Die Reisebeschränkungen stoßen auf starke (mediale, politische, insgesamt gesellschaftliche) Empörung, weil sie so viele Menschen in Deutschland (potenziell alle Personen außerhalb des Bundeslandes) negativ betreffen. Dabei fallen sie im journalistischen Erzählen auch deshalb besonders ins Gewicht, weil Mecklenburg-Vorpommern wiederholt als Aufenthaltsort gezeigt wird, der gerade in Zeiten von Kontaktverboten und Mobilitätsbeschränkungen besonders reizvoll sei: Dort ließen sich Erholung, Ruhe und Freiräume finden, die vor allem den pandemiegeplagten Großstädter:innen zu Hause fehlten (vgl. MV 1). In einzelnen Erzählungen erscheint Mecklenburg-Vorpommern, im starken Kontrast vor allem zu engen großstädtischen

Räumen, als beinahe krisenfreier Raum (vgl. MV 4). Zugleich scheint das Bundesland auch in anderen Teilen Deutschlands dem Bereich des Eigenen zugerechnet zu werden, der entsprechend zugänglich sein sollte:

Waren Mittelmeer, Atlantik oder Karibik ferne Ziele für den Jahresurlaub, gehörten Ost- und Nordsee, die Mecklenburgische Seenplatte, die Mittelgebirge oder die bayerischen Alpen sehr viel selbstverständlicher zum persönlichen Nahbereich. Umso größer waren das Unverständnis über Grenzsicherungen zwischen Bundesländern und damit der Einschnitt in unsere Lebensgewohnheiten.⁵¹

Die Bedeutung von Mecklenburg-Vorpommern als Reiseziel und Erholungsraum für viele Menschen in ganz Deutschland wird in journalistischen Pandemieerzählungen zum einen auf ganz besondere Weise deutlich und das Bild des Urlaubsidylls somit weiter gestärkt. Zum anderen aber wird das mecklenburg-vorpommersche Versprechen von Ruhe und Erholung zu verschiedenen Zeitpunkten in der Gesundheitskrise gerade nicht eingelöst. Mit den erlassenen Einreiseregulungen fallen vorübergehend Merkmale weg, die sonst entscheidend zu einem positiven Blick auf das Bundesland beitragen (und auf denen auch Selbsterzählungen aufbauen; vgl. Kapitel 5.1). Das ohnehin schon peripher gelegene Land schotte sich in Pandemiezeiten noch weiter vom Rest der Bundesrepublik ab (vgl. MV 4 u. 5): sowohl durch Grenzsicherungen als auch durch unabgestimmte Vorgehensweisen und allein getroffene Entscheidungen.

Die sechs Narrative zeigen, dass die mediale erzählerische Konstruktion des Bundeslandes in der Gesundheitskrise durchaus differenziert ausfällt und in der Berichterstattung im Laufe der Pandemie ein entsprechend vielseitiges (zum Teil widersprüchliches) Bild von Mecklenburg-Vorpommern entsteht:⁵² Es finden sich sowohl journalistische Erzählungen, in denen die Vorgehensweisen im Bundesland als besonders strikt ausgewiesen werden, als auch solche, in denen eher permissive Ansätze in den Mittelpunkt gestellt werden. Die häufig vergleichsweise schnellen Reaktionen auf die pandemischen Entwicklungen werden zum Teil als vorbildhaft, zum Teil als fragwürdig, überhastet oder leichtsinnig eingeordnet. Weitgehend negativ hingegen bewerten Journalist:innen Vorgehensweisen, die sie als unkooperativ und unsolidarisch einschätzen, überwiegend positiv die zumeist niedrigen Infektionszahlen im Bundesland. In diesen Einschätzungen liegen die drei untersuchten Online-

51 Thießen: *Auf Abstand*, S. 65 f.

52 Möglicherweise würde sich in einer vergleichbaren Analyse eines präpandemischen Textkorpus ebenfalls ein differenzierteres Bild ergeben, als ich es im Rahmen des einführenden Überblicks zeigen konnte.

zeitungen nahe beieinander; es sind eher erzählerische Feinheiten, in denen sich *Spiegel Online*, *Welt Online* und *Zeit Online* voneinander unterscheiden.

Abschließend lässt sich festhalten, dass gerade die journalistischen Touris-
muserzählungen der Pandemie an etablierte Vorstellungen vom Bundesland
anschießen und diese zum Teil bekräftigen. Viele andere Erzählungen aber
zeigen Mecklenburg-Vorpommern auf ungewohnte Weise: als gutes Beispiel,
als vorangehend, als in gesamtdeutschen Debatten überaus präsent. Die CO-
VID-19-Pandemie wirkt sich, zumindest für die Dauer der weithin als krisen-
haft bewerteten Geschehnisse, erkennbar auf die mediale narrative Konstruk-
tion von Mecklenburg-Vorpommern aus. Doch auch in dieser Zeit bleibt es
ein Bundesland der Kontraste.

